

Wirtschafts- und Sozialentwicklung in Baden-Württemberg 1996

Labiler Aufwärtstrend

Die konjunkturelle Erholung der baden-württembergischen Wirtschaft blieb auch im Jahr 1996 hinter den Erwartungen zurück. Insbesondere die Inlandsnachfrage konnte sich nicht in dem erhofften Ausmaß entfalten. So blieb die Investitionsnachfrage der Unternehmen schwach, und die Bevölkerung reagierte auf die erneuten Einschnitte im sozialen Bereich mit einer Zurückhaltung bei den Konsumausgaben.

Bereits im Frühjahr erwiesen sich die im Herbst 1995 für das gesamte Bundesgebiet aufgestellten Prognosen als zu optimistisch und mußten nach unten korrigiert werden. Dabei waren die Rahmenbedingungen für eine zügige Erholung der Wirtschaft so günstig wie lange nicht mehr. Nachdem sich der überhöhte DM-Kurs wieder normalisiert und sich die Konjunktur im Ausland wieder erholt hatte, war mit einer steigenden Auslandsnachfrage zu rechnen. Gleichzeitig ließen niedrige Zinsen, geringe Teuerungsraten und steuerliche Entlastungen bei den Einkommen auch Impulse für die Inlandsnachfrage erwarten.

Tatsächlich belebte sich die Wirtschaft im Südwesten aber erst im Laufe des Jahres, so daß die wirtschaftliche Wachstumsrate 1996 kaum den Vorjahreswert übertreffen dürfte. Zwar sorgten die bereits genannten günstigen Rahmenbedingungen, aber auch maßvolle Lohnabschlüsse und fortgesetzte Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit baden-württembergischer Unternehmen. Dies begünstigte aber nur die Auslandsnachfrage. Damit stand der Aufwärtstrend auf wackeligen Beinen, denn von der Inlandsnachfrage, der für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weitaus wichtigeren Nachfragekomponente, gingen nicht die erhofften Impulse aus.

Die Unternehmen beurteilten die Ertragsaussichten daher noch äußerst skeptisch, was sich insbesondere in einer Zurückhaltung gegenüber Erweiterungsinvestitionen sowie in weiteren Stelleneinsparungen äußerte. Die Konsumnachfrage blieb trotz steuerlicher Entlastungen bei den Einkommen und Wegfall des Kohlepfennigs ohne Dynamik. Den steuerlichen Entlastungen standen nämlich Kürzungen bei den Sozialleistungen und höhere Sozialabgaben gegenüber, die den baden-württembergischen Haushalten Kaufkraft entzogen. So wurden einige Sozialleistungen zurückgenommen und die Einkommen der Haushalte durch höhere Kranken-, Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge belastet. Darüber hinaus dämpften die anhaltenden Stelleneinsparungen und die höhere Arbeitslosigkeit die Konsumbereitschaft der Haushalte.

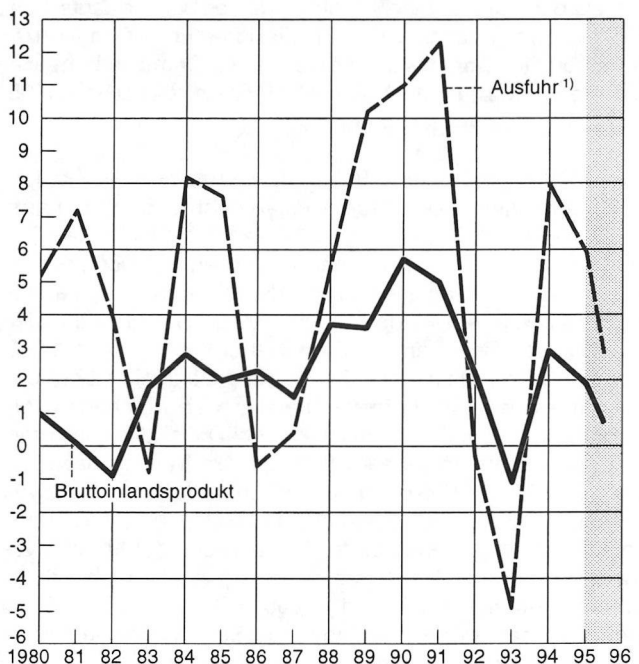
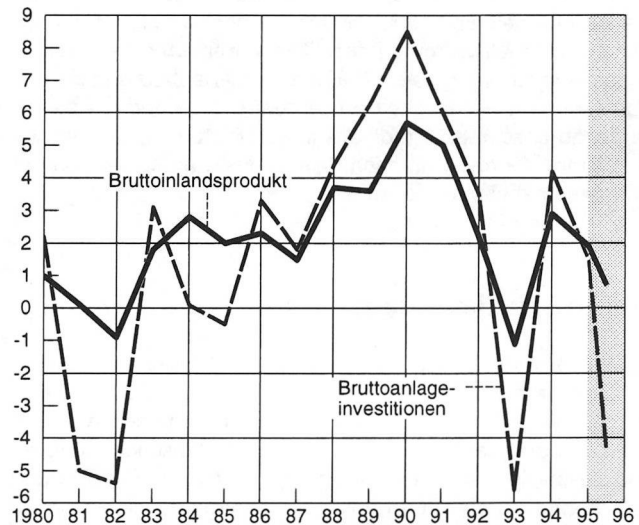
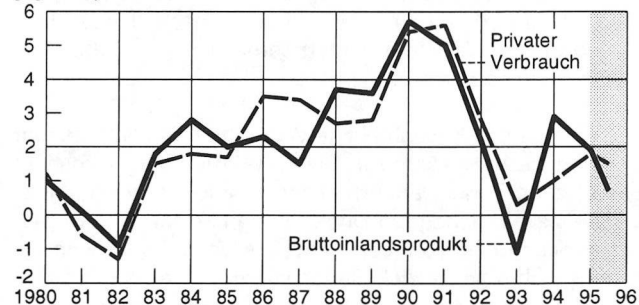
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich 1996 wieder verschlechtert. Bereits im Frühjahr kletterte die Zahl der Arbeitslosen auf Rekordhöhe und lag auch im weiteren Jahresverlauf über dem Vorjahresniveau. Damit war der Arbeitsmarkt das Hauptproblem von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unbefriedigend verlief auch die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Aufgrund der noch sehr labilen Konjunkturlage ging die Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe weiter zurück, so daß es nur mit Mühe gelang, den Jugendlichen Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Die Finanzpolitik stand ganz im Zeichen einer Begrenzung der Staatsverschuldung. Steuerliche Einnahmeausfälle im Zuge des Jahressteuergesetzes und der schwachen wirtschaftlichen

Schaubild 1

Das Bruttoinlandsprodukt und seine Verwendung in Deutschland seit 1980*)

Veränderung gegen Vorjahr in %



*) Bis einschließlich 1991 früheres Bundesgebiet. Jeweils in Preisen von 1991. Angaben für 1996 beziehen sich auf das erste Halbjahr. - 1) Bis 1991 einschließlich innerdeutscher Transaktionen.

Entwicklung, aber auch steigende Transferzahlungen und die bevorstehende europäische Währungsunion verlangten von den öffentlichen Haushalten eine straffe Ausgabendisziplin. Hierdurch ließ die öffentliche Investitionstätigkeit nach und die wirtschaftliche Entwicklung wurde gebremst. Unter der schlechteren Auftragslage aus dem öffentlichen Bereich hatte insbesondere das Baugewerbe zu leiden, das sich auch nach dem langen und kalten Winter nicht von der Flaute erholen konnte. Sowohl im Baugewerbe als auch in anderen Branchen mußten aufgrund der unzureichenden wirtschaftlichen Entwicklung nochmals mehr Unternehmen wegen Zahlungsschwierigkeiten aufgeben.

Wenn das Jahr 1996 auch einige Wünsche offen ließ, so war doch manche Entwicklung in Baden-Württemberg günstiger als in anderen Bundesländern des westlichen Bundesgebiets. Die stark exportorientierten Unternehmen im Südwesten profitierten besonders von der im Jahresverlauf anziehenden Auslandsnachfrage, so daß Baden-Württemberg bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Bundesvergleich wieder Boden gut gemacht hat. In der ersten Jahreshälfte 1996 konnte hierzulande erstmals seit 1990 wieder ein überdurchschnittliches Wachstum erzielt werden. Nach Jahren forciert Rationalisierungsanstrengungen fielen 1996 der Stellenabbau und die Zunahme der Arbeitslosigkeit prozentual schwächer aus als im Bundesdurchschnitt. Wie bereits in den letzten Jahren war Baden-Württemberg damit nach Bayern das Bundesland mit der geringsten Arbeitslosenquote.

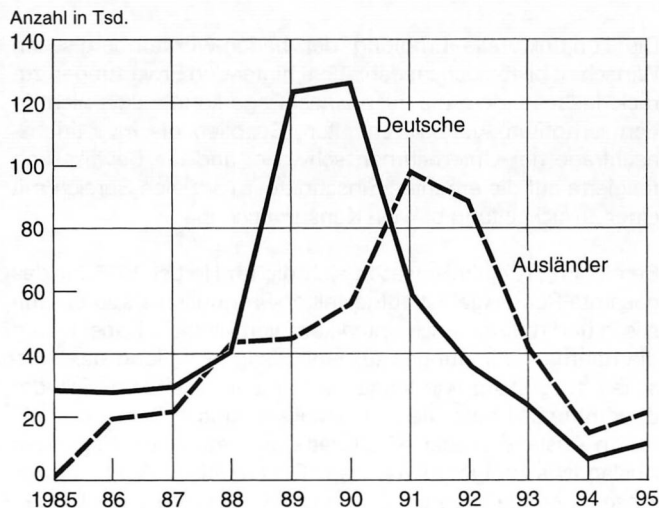
Leichte Bevölkerungszunahme

Die Bevölkerung ist auch in den ersten fünf Monaten 1996 gewachsen, und zwar um 18 000 Personen auf 10 337 000 Einwohner. Die Zunahme kam nahezu allein durch den Geburten- und Wanderungsüberschuß bei der ausländischen Bevölkerung zustande. Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung war geprägt durch ein erhebliches Geburtendefizit, das auch durch einen leichten Wanderungsüberschuß nicht ausgeglichen werden konnte. Eine Zunahme gab es bei der deutschen Bevölkerung nur deshalb, weil die Einbürgerung vormals ausländischer Einwohner stark gestiegen ist. Damit haben sich 1996 die Entwicklungen bislang fortgesetzt, die schon 1995 und 1994 zu beobachten waren.

Im Jahr 1995 gab es eine Bevölkerungszunahme um knapp 47 000 Einwohner. Die Bevölkerungszunahme fiel mit knapp 0,5 % kaum stärker aus als 1994. Sie liegt gleichwohl deutlich unter den ungewöhnlich hohen Zuwächsen aus der Zeit um 1990, als sie seinerzeit etwas mehr als 2 % betrug. Der natürliche Bevölkerungszuwachs beruhte 1995 vollständig auf der ausländischen Bevölkerung. Dem Geburtendefizit von 1 700 Personen bei der deutschen Bevölkerung stand ein Geburtenüberschuß von 16 400 Personen bei der ausländischen Bevölkerung gegenüber. Etwas mehr als zwei Drittel der gesamten Bevölkerungszunahme waren 1995 auf den Wanderungsüberschuß von 32 600 Personen zurückzuführen. Damit lag zwar der Saldo aus Zu- und Fortzügen Deutscher und Ausländer über die Landesgrenzen Baden-Württembergs 1995 im wesentlichen auf dem Niveau des Vorjahres, aber weiterhin deutlich unter denen um 1990. Mit 21 000 Personen war der Wanderungsüberschuß der ausländischen Bevölkerung fast doppelt so hoch wie der unter der deutschen Bevölkerung. Wie schon 1994 nahm auch 1995 die Zahl der Deutschen in erster Linie aufgrund der rund 17 200 Personen zu, die als vorher nichtdeutsche Bürger die deutsche Staatsangehörigkeit erhiel-

Schaubild 2

Wanderungsbewegung über die Landesgrenzen Baden-Württembergs seit 1985



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

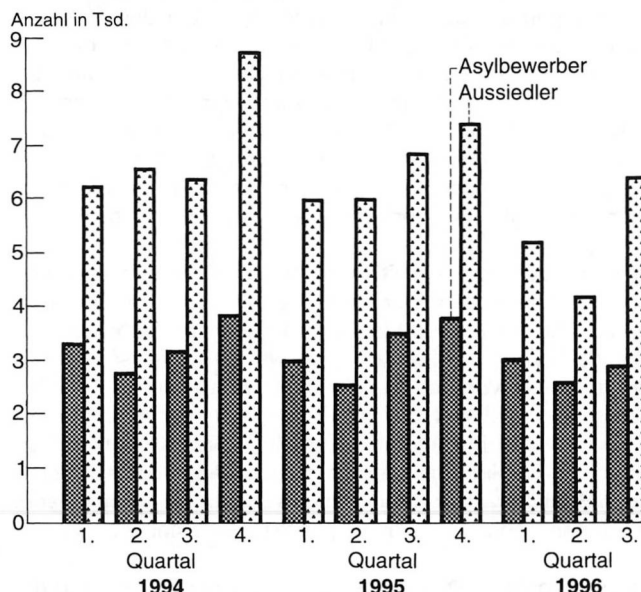
529 96

ten. Durch den verstärkten Staatsangehörigkeitswechsel lag der Ausländeranteil in der Bevölkerung unverändert bei 13 %.

Es spricht vieles dafür, daß in den nächsten Jahren aufgrund der zahlenmäßig schrumpfenden Frauenjahrgänge im Alter von 15 bis 45 Jahren das Geburtendefizit unter der deutschen Bevölkerung zügig ansteigen und das demographische Altern der Gesellschaft weiter voranschreiten wird. Außerdem verringert die anhaltende Verschiebung von Familiengründungen, das heißt der Geburt von ersten Kindern auf ein höheres Alter der Frauen, den „Spielraum“ für eine größere Kinderzahl. Die

Schaubild 3

Asylbewerber und Aussiedler in Baden-Württemberg seit 1994



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

525 96

Tabelle 1

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1994 und 1995

Merkmal	1994			1995		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Lebendgeborene	113 398	94 367	19 031	112 459	93 736	18 723
Sterbefälle	96 638	94 301	2 337	97 733	95 449	2 284
Geburtenüberschuß (+) bzw. -verlust (-)	+ 16 760	+ 66	+ 16 694	+ 14 726	- 1 713	+ 16 439
Zuzüge über die Landesgrenze	294 264	133 053	161 211	296 215	137 901	158 314
Fortzüge über die Landesgrenze	272 981	126 732	146 249	263 643	126 555	137 088
Wanderungssaldo	+ 21 283	+ 6 321	+ 14 962	+ 32 572	+ 11 346	+ 21 226
Ein- bzw. Ausbürgerung (Änderung der Staatsangehörigkeit)	-	+ 16 209	- 16 209	-	+ 17 239	- 17 239
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-)	+ 38 043	+ 22 596	+ 15 447	+ 47 298	+ 26 872	+ 20 426
Bevölkerungsstand am Jahresende	10 272 069	8 944 365	1 327 704	10 319 367	8 971 237	1 348 130

Tabelle 2

Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg seit 1986

Faktoren des Bevölkerungswachstums	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Geburtenüberschuß	8 613	12 003	18 209	17 338	21 009	20 382	21 582	19 410	16 760	14 726
Zuwanderungsüberschuß Ausländer	19 316	21 785	43 722	44 990	56 014	98 866	88 888	42 046	14 962	21 226
Zuwanderungsüberschuß Deutsche	27 481	29 464	40 290	123 659	126 308	60 565	36 398	23 862	6 321	11 346
Zunahme der Bevölkerung	55 410	63 252	102 221	185 987	203 331	179 813	146 868	85 318	38 043	47 298
Nachrichtlich:										
Aufnahme von Aussiedlern	8 187	15 119	28 435	57 851	92 741	36 617	28 874	26 277	27 991	26 455
Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) ¹⁾	5 077	3 967	7 904	64 687	50 956	43 907	31 754	23 225	20 679	20 737
Aufnahme von Asylbewerbern ²⁾	14 736	8 343	15 728	17 565	27 968	43 111	51 609	38 521	13 186	12 927

¹⁾ Bis 1990: aus der DDR und Berlin (Ost). – ²⁾ Ab 1992 bereinigt; zum Vergleich 1992 unbereinigt: 61 941.

bislang vorliegenden Ergebnisse lassen vermuten, daß jüngere Frauengenerationen nach Beendigung ihrer Geburtenphase durchschnittlich weniger Kinder zur Welt gebracht haben werden als ihre Vorgängerinnen. So ist vor allem der Rückgang der Geburtenhäufigkeit bei den 24- bis 29jährigen Frauen hervorzuheben. Es handelt sich hier um eine sensible Lebensphase, in der auch grundsätzliche Entscheidungen und Weichenstellungen für familiäre und berufliche Lebenswege anstehen. Offensichtlich sind in jüngerer Zeit diese Entscheidungen vermehrt gegen eine Realisierung von Kinderwünschen ausgefallen. Es erscheint zudem fraglich, ob die durch die rückläufige Geburtenhäufigkeit entstehenden Lücken von einer auch unter dem Einfluß der Arbeitsmarktentwicklung deutlich abgeschwächten Zuwanderung aufgefüllt werden können. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist auch, daß 1995 die Aufnahme von Aussiedlern aus Osteuropa (26 500) und Asylbewerbern (12 900) weiter zurückging. Diese Entwicklung hielt in den ersten drei Quartalen 1996 an.

Erstmals seit 30 Jahren sinkende Studierendenzahlen

Im Wintersemester 1995/96 waren an den 63 Hochschulen Baden-Württembergs 226 512 Studierende eingeschrieben. Damit sank die Zahl der Studierenden gegenüber dem Vorjahr um etwa 5 000. Zum ersten Mal seit Bestehen des Bundeslandes

wurde damit ein spürbarer Rückgang verzeichnet. Lediglich im Jahr 1966 waren schon einmal weniger Studierende als im Jahr davor gezählt worden. Allerdings handelte es sich damals nur um einen minimalen Rückgang von weniger als 200 Studierenden. Den Rückgang der Studierendenzahlen um über 6 200 gab es allerdings nur an den Universitäten des Landes. Dagegen meldeten die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen einen Anstieg um jeweils knapp 700 Studierende. An den Kunsthochschulen und den Verwaltungsfachhochschulen änderten sich die Zahlen nur geringfügig.

Die Zahl der Studierenden verringerte sich am deutlichsten in den Fächergruppen „Mathematik, Naturwissenschaften“ und

Tabelle 3

Studierende an baden-württembergischen Hochschulen¹⁾ seit dem Wintersemester 1960/61 nach Staatsangehörigkeit und Hochschulart

Wintersemester	Studierende, und zwar . . .						
	insgesamt ¹⁾	darunter		an Universitäten	an Pädagogischen Hochschulen	an Kunsthochschulen	an Fachhochschulen ²⁾
		Ausländer	Anzahl				
1960/61	40 144	4 253	38 044	-	2 100	-	
1965/66	48 017	5 011	45 974	-	2 043	-	
1970/71	78 493	5 309	61 509	14 464	2 520	-	
1975/76	132 303	8 394	86 583	22 262	2 960	20 498	
1980/81	147 768	9 170	102 101	13 127	3 332	29 185	
1985/86	190 301	10 740	132 181	9 785	3 848	44 444	
1990/91	215 242	14 770	148 709	11 851	4 028	50 583	
1991/92	220 933	16 073	151 056	13 818	3 949	52 031	
1992/93	226 301	17 552	152 658	14 755	3 976	54 842	
1993/94	230 980	19 164	152 246	16 153	4 024	58 439	
1994/95	231 540	20 149	149 150	18 375	4 183	59 734	
1995/96	226 512	20 427	142 904	19 038	4 105	60 409	

¹⁾ Bis Wintersemester 1975/76 Haupt- und Nebenhörer, ab Wintersemester 1980/81 nur Haupthörer. – ²⁾ Einschließlich Theologische Hochschule. – ³⁾ Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

„Ingenieurwissenschaften“ um über 2 000 bzw. über 2 100. In den „Sprach- und Kulturwissenschaften“ wurden an den Hochschulen des Landes 1 000 Studierende weniger gezählt. Im Gegensatz dazu stieg die Zahl der Studierenden in den „Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“ um knapp 800.

Bereits in den vergangenen Semestern deutete sich diese insgesamt rückläufige Entwicklung durch sinkende Zahlen von Ersteinschreibungen an. Diese Tendenz setzte sich auch im Wintersemester 1995/96 fort, in dem 28 743 Studierende im ersten Semester gezählt wurden, was einem Rückgang gegenüber dem Wintersemester 1994/95 um gut 5 % entspricht. An den Universitäten wurden sogar fast 10 % weniger Ersteinschreibungen registriert. Allerdings wird dadurch das Zahlenverhältnis von Studierenden und Lehrenden an den Universitäten des Landes wohl nur vorübergehend entspannt. Aufgrund stärker besetzter Geburtsjahrgänge gegen Ende der achtziger Jahre sind in den kommenden Jahren wieder mehr Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife zu erwarten. Sollte die Studienbereitschaft unverändert bleiben, wird dies auch steigende Studierendenzahlen zur Folge haben. Unter der Annahme einer konstanten Übergangsquote auf das Gymnasium dürfte sich dieser Anstieg in den darauffolgenden Jahren sogar noch verstärken. Wegen drastisch sinkender Geburtenzahlen in den neunziger Jahren ist jedoch mittel- und langfristig mit einem deutlichen Rückgang der Studierendenzahlen zu rechnen.

Seit Anfang der sechziger Jahre hat sich die Zahl der Studierenden mehr als verfünffacht. Während sich die Zahl der Studierenden an den Universitäten fast vervierfachte, kamen Anfang der siebziger Jahre noch die Studierenden der Fachhochschulen hinzu. Im Wintersemester 1995/96 gehörte mittlerweile gut jeder vierte Studierende einer Fachhochschule an. Weniger stetig verlief die Entwicklung an den Pädagogischen Hochschulen. Sie hatten Mitte der siebziger Jahre mit über 22 000 Studierenden den stärksten Zulauf. Er verringerte sich in den achtziger Jahren deutlich auf unter 10 000 Studierende, stieg seither wieder an und erreichte Mitte der neunziger Jahre fast das hohe Niveau wie vor zwanzig Jahren.

Im Gegensatz zu mancher veröffentlichten Meinung hat für ausländische Studierende die Leuchtkraft der Hochschulen in Baden-Württemberg keineswegs nachgelassen. Im Wintersemester 1995/96 waren an den hiesigen Hochschulen 20 427 Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingeschrieben. Die Zahl der Ausländer nahm damit seit 1990/91 um 38 % und innerhalb von zwei Jahrzehnten auf das Zweieinhalbfache des Standes von 1975/76 zu. Im Vergleich dazu stieg die Zahl der Deutschen in diesen Zeiträumen nur um knapp 3 % bzw. um zwei Drittel. Nur zum Teil ist der Anstieg der ausländischen Studierenden auf die Zunahme der Gastarbeiterkinder zurückzuführen: Die früheren Anwerbeländer im Süden Europas stellen lediglich ein Drittel der ausländischen Studierenden. Gleichzeitig ist zu beachten, daß ein erheblicher Teil der Studierenden aus den Hauptanwerbeländern die Berechtigung zum Studium im Heimatland erworben hat und nicht der zweiten oder dritten Ausländergeneration in Deutschland zuzurechnen ist.

Stellenabbau nur leicht zurückgegangen

Im Jahr 1996 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze im nunmehr vierten Jahr in Folge verringert. Ende März standen im Süd-

Tabelle 4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet¹⁾ im März 1996

Wirtschaftsabteilungen ¹⁾	Baden-Württemberg		Bundesgebiet
	1 000	Veränderung gegen März 1995 in %	
Wirtschaftsabteilungen zusammen²⁾ . . .	3 701,8	-0,9	-1,2
davon			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei . .	27,7	-7,4	-8,1
Energie, Bergbau	35,0	-2,6	-3,2
Verarbeitendes Gewerbe	1 497,7	-1,9	-2,7
Baugewerbe	239,2	-7,0	-8,1
Handel	476,0	0,0	-0,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung .	142,9	-1,2	-1,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	149,3	-1,5	-1,0
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	846,9	+2,7	+2,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte .	79,8	+1,7	+2,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	207,3	-1,4	-1,1

¹⁾ Früheres Bundesgebiet. – ²⁾ Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. – ³⁾ Einschließlich „Ohne Angaben“.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

westen 3 701 800 Arbeitnehmer in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Damit ist die Zahl der Beschäftigten im Frühjahr 1996 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 % zurückgegangen, fast genauso stark wie im Frühjahr 1995, als der Stellenabbau 1,0 % betrug. Insgesamt verloren seit dem Beschäftigtenhöchststand im Herbst 1992 weit mehr als 277 000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Dies entspricht einem Stellenabbau von 7 %. Erstmals seit Rezessionsbeginn fiel der Stellenabbau in Baden-Württemberg mit 0,9 % wieder schwächer aus als im westlichen Bundesgebiet (1,2 %).

Der Arbeitsplatzabbau erstreckt sich mittlerweile auf fast alle Wirtschaftsabteilungen. Innerhalb der beschäftigungsstarken Wirtschaftsbereiche des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors setzte der Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe bereits 1992 ein und erfaßte 1993 und 1994 zusätzlich die Bereiche Staat, Verkehr und Handel. Im Jahr 1995 wurden darüber hinaus auch im Kredit- und Versicherungsgewerbe Stellen abgebaut, und 1996 kam es schließlich auch im Baugewerbe zu einem drastischen Abbau von Arbeitsplätzen. Einzig und allein bei den Dienstleistungen im engeren Sinne – wie beispielsweise Planungs- und Beratungsbüros –, den Organisationen ohne Erwerbszweck und den privaten Haushalten hat sich 1996 die Zahl der Stellen noch erhöht.

Daß der Stellenabbau vergleichsweise moderat ausgefallen ist, liegt vor allem an der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Dort hat sich der Beschäftigtenrückgang von fast 7 % im Frühjahr 1994 innerhalb von einem Jahr auf knapp 3 % halbiert und betrug im Frühjahr 1996 nur noch rund 2 %. Aktuelle Daten aus den Statistiken für das Verarbeitende Gewerbe zufolge hat sich jedoch der Beschäftigungsabbau im Laufe des zweiten und dritten Quartals 1996 gegenüber dem Vorjahr wieder verstärkt. Ein positiver Einfluß auf die gesamte Beschäftigungslage ging von den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne aus. Dort war der Stellenzugang erstmals wieder stärker (1995: + 2,2 %, 1996: + 2,7 %). Damit hat sich die Ausgleichsfunktion des gesamten Dienstleistungssektors wieder verstärkt. Kamen im Jahr 1994 auf 100 abgebaute Stellen im Produzierenden Gewerbe nur 9 zusätzlich geschaffene Stellen im Dienstleistungssektor, betrug dieses Verhältnis 1995 bereits 100:18 und stieg 1996 auf 100:35. Insgesamt war 1996 der Beschäftigtenabbau im Produzierenden Gewerbe mit

knapp 48 000 zwar um 1 500 höher als 1995, blieb aber deutlich unter dem Niveau der Jahre 1993 und 1994, als jeweils fast 110 000 Stellen gestrichen wurden. Trotz anhaltender Rationalisierungsmaßnahmen beim Staat, aber auch im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie bei Verkehrsunternehmen hat sich 1996 der Stellenzuwachs im Dienstleistungssektor mit knapp 17 000 gegenüber 1995 verdoppelt.

Eine Trendwende in der Beschäftigtenentwicklung ist 1997 kaum zu erwarten. Die Beschäftigungsimpulse bei den Dienstleistungsunternehmen im engeren Sinne dürften schwerlich ausreichen, um den Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe, im Bau-, im Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie beim Staat zu kompensieren. Diese Wirtschaftsabteilungen hatten 1996 die größten Beschäftigungsverluste. Selbst wenn der Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe weiter nachläßt, dürfte sich der Abbau von Arbeitsplätzen wegen der schwachen Baukonjunktur sowie anhaltender Sparmaßnahmen im staatlichen Bereich ebenso wie in einzelnen anderen Dienstleistungsbranchen weiter fortsetzen. Neueinstellungen sind erst bei einer gefestigten Aufwärtsentwicklung der baden-württembergischen Wirtschaft zu erwarten. Bis dahin werden die Unternehmen ihr zusätzliches Güter- und Dienstleistungsangebot über eine stärkere Auslastung des vorhandenen Personals realisieren.

Arbeitsmarkt: Keine Entspannung in Sicht

Die Lage auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt hat sich 1996 verschlechtert. Die konjunkturellen Impulse haben nicht ausgereicht, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Sowohl die Arbeitslosenzahlen als auch die Arbeitslosenquoten waren bis November jeweils höher als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Im November waren im Südwesten mehr als 359 000 Menschen arbeitslos. Damit wurden in diesem Monat knapp 11 % mehr Arbeitslose registriert als ein Jahr zuvor. Auch die auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote lag mit 8,2 % deutlich über dem Vorjahresniveau von 7,3 %.

Bereits im Januar 1996 überschritt die Arbeitslosenquote erstmals die Achtprozentmarke. Im Februar registrierten die Arbeitsämter mit 365 000 Arbeitslosen ein neues Rekordniveau,

und die Arbeitslosenquote stieg auf 8,2 %. Im Verlauf der ersten drei Quartale des Jahres 1996 hat die Zahl der Arbeitslosen verglichen mit den entsprechenden Vorjahreszeiträumen immer stärker zugenommen. Im ersten Quartal wurden durchschnittlich fast 5 % mehr Arbeitslose gezählt, im zweiten Quartal waren es bereits knapp 8 % und im dritten Quartal fast 10 % mehr Arbeitslose als ein Jahr zuvor. Insgesamt waren in den ersten drei Quartalen 1996 durchschnittlich 353 000 Menschen arbeitslos, rund 24 000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Ohne die von den Arbeitsämtern durchgeführten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hätte die Zahl der Arbeitslosen noch stärker zugenommen. Im Laufe der ersten drei Quartale 1996 haben in Baden-Württemberg fast 40 000 Arbeitslose – rund 7 000 mehr als im Vorjahr – mit Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen begonnen. Darüber hinaus nahmen durchschnittlich 4 600 Arbeitslose an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teil (1995: 4 200). Die Arbeitsvermittlungen der Arbeitsämter waren im Verlauf der ersten drei Quartale 1996 zunehmend erfolgreich. Konnten Anfang des Jahres nur gut 7 von 10 gemeldeten Stellen besetzt werden, gelang dies im dritten Quartal bei fast jeder offenen Stelle.

Das Stellenangebot nahm von Januar bis April 1996 von gut 39 000 auf 51 000 zu, ging jedoch bis November wieder auf rund 38 000 zurück. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1996 lag die Zahl der offenen Stellen knapp 2 % unter dem Vorjahresniveau. Dagegen hatte im Jahr 1995 das Stellenangebot im gleichen Zeitraum um 23 % zugenommen. Die Zurückhaltung der Arbeitgeber gegenüber Neueinstellungen äußerte sich auch in einem noch höheren Anteil befristeter Stellenangebote. In den ersten neun Monaten waren 30 % aller Stellenangebote zeitlich befristet, im vergleichbaren Zeitraum 1995 „nur“ 27 %.

Daß sich 1996 die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert hat, äußert sich neben höheren Arbeitslosenzahlen und einem eingeschränktem Stellenangebot auch in der Zunahme der Kurzarbeit. Die Zahl der Kurzarbeiter lag bis November in allen Monaten deutlich über dem Vorjahresniveau. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1996 arbeiteten mehr als 41 000 Arbeitnehmer kurz, knapp 70 % mehr als im Vorjahr. Im November 1996 waren fast 35 000 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen, 30 % mehr als im November 1995. In den Schlüsselindustrien Baden-Württembergs nahm die Kurzarbeit über-

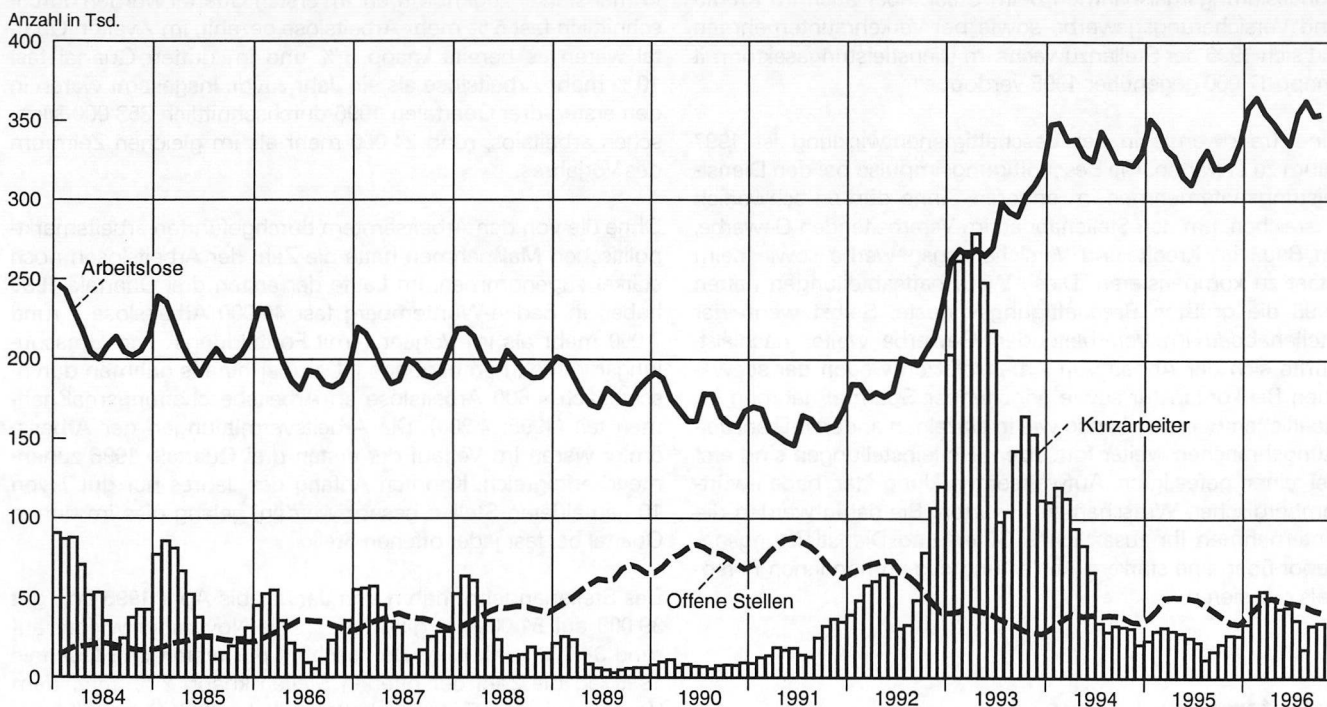
Tabelle 5
Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 1996

Merkmal	Einheit	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Offene Stellen	Anzahl	39 269	44 740	50 349	51 003	49 436	48 324	47 551	46 219	43 811	42 293
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,2	+ 1,0	- 1,8	- 1,1	- 3,8	- 4,9	- 4,6	- 0,4	+ 2,3	+ 7,9
Kurzarbeiter	Anzahl	34 009	52 672	55 067	51 311	44 552	45 185	37 252	18 784	33 932	35 474
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 41,6	+ 75,7	+ 70,8	+ 70,2	+ 57,1	+ 75,3	+ 62,5	+ 54,3	+ 97,4	+ 60,2
Arbeitslose	Anzahl	358 668	365 053	355 296	349 814	342 134	335 556	355 068	363 006	353 676	354 707
	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 2,0	+ 5,7	+ 6,8	+ 6,5	+ 8,3	+ 8,1	+ 9,5	+ 9,3	+ 10,3	+ 10,7
Arbeitslosenquote ¹⁾ . .	%	8,1	8,2	8,0	8,0	7,8	7,6	8,1	8,3	8,1	8,1
Nachrichtlich Bundesgebiet ²⁾ : Arbeitslosenquote ¹⁾ . .	%	10,5	10,7	10,4	10,1	9,8	9,7	10,1	10,1	10,0	10,1

¹⁾ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – ²⁾ Früheres Bundesgebiet.

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1984



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

514 96

durchschnittlich stark zu. So arbeiteten im November 1996 im Straßenfahrzeugbau siebenmal und in der Elektrotechnik doppelt so viele Arbeitnehmer kurz wie ein Jahr zuvor. Im Baugewerbe, wo im ersten Quartal 1996 nicht zuletzt infolge des kalten Winters und der neuen Schlechtwettergeld-Regelung die Zahl der Kurzarbeiter etwa dreimal so hoch war wie im Vorjahr, hat die Kurzarbeit im weiteren Jahresverlauf wieder deutlich abgenommen.

Einiges spricht dafür, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt 1997 angespannt bleibt. Auch bei einem zu erwartenden höheren Wirtschaftswachstum als im Jahr 1996 ist es fraglich, ob die konjunkturellen Antriebskräfte bereits stark genug sein werden, um eine spürbare Trendwende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. So begann nach der Rezession Anfang der achtziger Jahre der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Beschäftigung erst bei einem realen Wirtschaftswachstum von fast 3 %. In der aktuellen Situation kommt erschwerend hinzu, daß im Zuge der Haushaltssanierung den Budgets der Arbeitsämter zur Durchführung arbeitsmarktentlastender Maßnahmen 1997 engere Grenzen gesetzt sind, den Arbeitslosen also voraussichtlich ein geringeres Angebot an Fortbildungs-, Umschulungs- und ABM-Maßnahmen zur Verfügung steht als bisher. Prinzipiell dürfte es im Vergleich zu früheren konjunkturellen Erholungsphasen auch deshalb schwieriger sein, die Arbeitslosigkeit wieder abzubauen, weil sich deren Struktur in den letzten Jahren geändert hat. So hat seit Beginn der achtziger Jahre die Zahl der Langzeitarbeitslosen stark zugenommen. Mit zunehmender zeitlicher Distanz zur letzten Berufstätigkeit haben die Langzeitarbeitslosen immer weniger Chancen, eine neue Stelle zu finden. Im September 1996 waren fast 105 000 Arbeitslose – das sind fast 30 % aller Arbeitslosen – bereits länger als ein Jahr ohne Anstel-

lung, während dieses Verhältnis in früheren Jahren hoher Arbeitslosigkeit wie beispielsweise 1983 oder 1988 noch 18 % bzw. 25 % betrug. Insbesondere die Zahl der länger als zwei Jahre Arbeitslosen nimmt seit 1994 überdurchschnittlich stark zu und stieg im September 1996 binnen eines Jahres mit 21 % doppelt so stark wie die Zahl der Arbeitslosen insgesamt. Kräftig erhöht hat sich in den ersten drei Quartalen 1996 gleichfalls die Zahl der arbeitslosen Arbeiter und der Ausländer. Auch die Arbeitsmarktsituation für Jugendliche unter 20 Jahren ist schlechter geworden. Profitierten diese bis zur Jahresmitte 1995 noch überdurchschnittlich stark vom Rückgang der Arbeitslosigkeit, stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen bis einschließlich April 1996 im Vergleich zum Vorjahr überdurchschnittlich stark an und lag bis Herbst 1996 über den entsprechenden Vorjahresmonaten. In den ersten drei Quartalen 1996 waren mit durchschnittlich knapp 11 000 Jugendlichen 8 % mehr arbeitslos als 1995, weil das Lehrstellenangebot nicht ausreichte, um der höheren Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen.

Ausbildungsstellenmarkt: Mehr Bewerber als Lehrstellen

Auf dem baden-württembergischen Ausbildungsstellenmarkt hat sich 1996 die Lage weiter verschlechtert. Im Berufsberatungsjahr 1995/96 war erstmals wieder seit 1985/86 die Nachfrage nach Berufsausbildungsstellen größer als das Angebot. Von Oktober 1995 bis September 1996 wurden den Arbeitsämtern knapp 81 000 Berufsausbildungsstellen gemeldet, während über 85 000 Jugendliche eine Lehrstelle suchten. Das „Kippen“ des Ausbildungsstellenmarktes kam nach der Ent-

wicklung der vergangenen Jahre nicht überraschend. Bereits seit 1992 hatte sich der Stellenüberschuß in Höhe von fast 74 000 Stellen von Jahr zu Jahr drastisch reduziert. Verantwortlich für diese Entwicklung war im wesentlichen das deutlich niedrigere Lehrstellenangebot der baden-württembergischen Arbeitgeber, aber auch die zunehmenden Bewerberzahlen. Seit dem Berufsberatungsjahr 1991/92 ging das Angebot an Ausbildungsstellen um rund 57 000 zurück, während sich die Zahl der Lehrstellenbewerber im gleichen Zeitraum um mehr als 21 000 erhöhte. Nicht zuletzt der Ausbildungs-offensive der Landesregierung, der Kammern und der Verbände ist es zu verdanken, daß das Angebot an Lehrstellen zuletzt nicht mehr so stark zurückgegangen ist wie noch in den beiden Jahren zuvor (1996: - 6 %, 1995: - 14 %, 1994: - 22 %). Der Andrang auf den Lehrstellenmarkt war jedoch 1996 mit 5 % mehr Bewerbern genauso stark wie im Vorjahr.

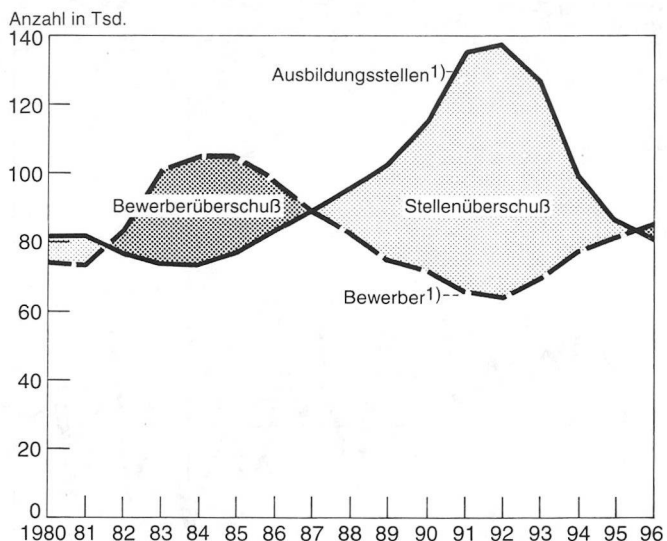
In der Bilanz war der Lehrstellenmarkt am Ende des Berufsberatungsjahres 1995/96 weitgehend ausgeglichen. Ende September waren knapp 5 400 Lehrstellen noch nicht besetzt und rund 2 300 Bewerber noch nicht vermittelt. Die angespannte Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt erfordert von den Jugendlichen bei der Berufswahl ein höheres Maß an Flexibilität. So blieben 1996 lange nicht mehr so viele Ausbildungsstellen unbesetzt wie noch vor einigen Jahren, und die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber nahm nicht mehr so stark zu. Offensichtlich ist es für die jungen Leute wichtiger geworden, überhaupt in ein Ausbildungsverhältnis aufgenommen zu werden, auch wenn der Ausbildungsplatz in fachlicher und/oder regionaler Hinsicht nicht ihren Wunschvorstellungen entspricht.

Das Lehrstellenangebot ist 1996 mit Ausnahme der Verkehrsberufe in allen Berufsgruppen zurückgegangen, wenn auch nicht mehr so stark wie ein Jahr zuvor. Nur bei den technischen Berufen hat sich der Lehrstellenrückgang verstärkt. Seit 1992 sind immer mehr Berufsgruppen vom Nachfrageüberhang betroffen. War 1993 nur bei den technischen Berufen und den Verwaltungs- und Büroberufen die Zahl der Bewerber größer als das Lehrstellenangebot, traf dies beispielsweise 1994 auch auf die Berufe der Fachgebiete Recht, Medizin, Kunst und Soziales und 1995 zusätzlich auf die beliebte Gruppe der kaufmännischen Berufe zu. Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz waren 1996 bei den technischen Berufen mit fast 220 Bewerbern auf 100 angebotene Lehrstellen am schlechtesten, gefolgt von den Rechts-, Medizin-, Kunst- und Sozialberufen mit 180 und den Verwaltungs- und Büroberufen mit fast 150.

Vergleichsweise gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz hatten dagegen 1996 wie schon in den Jahren zuvor die Jugendlichen, die Ernährungs-, Metall- oder Bauberufe ergreifen wollten. In diesen Berufsgruppen waren die zahlenmäßig größten Stellenüberschüsse zu verzeichnen. Bei den Ernährungsberufen betrug das Verhältnis zwischen Bewerbern und angebotenen Lehrstellen rund 50:100, bei den Metallberufen 80:100 und bei den Bauberufen knapp 90:100. Doch auch in diesen Berufsgruppen ist der Lehrstellenüberhang deutlich geschrumpft, seit 1992 insgesamt um über 80 %. Auch hier zeigt sich, daß die Jugendlichen bei der Berufswahl zunehmend flexibel reagieren. Aus der Lehrstellennot heraus werden insbesondere die Bauberufe bei den jungen Leuten immer attraktiver. Wollten 1990 nur 6 % aller Bewerber einen Bauberuf ergreifen, waren es 1996 bereits 10 %. Mittlerweile liegen die Bauberufe in der Rangfolge der häufigsten Berufsgruppen hinter den kaufmännischen Berufen, den Verwaltungs- und Büroberufen sowie den Metallberufen an vierter Stelle. Umge-

Schaubild 5

Der Ausbildungsstellenmarkt in Baden-Württemberg seit 1980



1) Im jeweiligen Berufsberatungsjahr (Berichtszeitraum: Anfang Oktober des Vorjahres bis Ende September des Berichtsjahres).
Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

527 96

kehrt ist wegen der Lehrstellenknappheit im Bereich der Verwaltungs- und Büroberufe der Anteil der Bewerber seit 1990 von 23 auf 18 % zurückgegangen.

Wie sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt 1997 darstellt, wird ganz wesentlich von der Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe und Verwaltungen abhängen. Ohne zusätzliche Anstrengungen auf der Angebotsseite dürfte sich die Ausbildungssituation weiter verschlechtern. Auf der Nachfrageseite ist nämlich keine Entlastung zu erwarten. Die Zahl der Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen wird sich 1997 nochmals erhöhen. Erschwert wird die Lage dadurch, daß 1996 rund 11 000 Jugendliche – das sind etwa 1 000 mehr als 1995 – am Berufsvorbereitungsjahr teilgenommen und damit eine einjährige Warteschleife auf einen Ausbildungsplatz durchlaufen haben. Diese werden 1997 als Altnachfrager zusätzlich auf den Ausbildungsstellenmarkt treten.

Verarbeitendes Gewerbe: Erste Erholungstendenzen

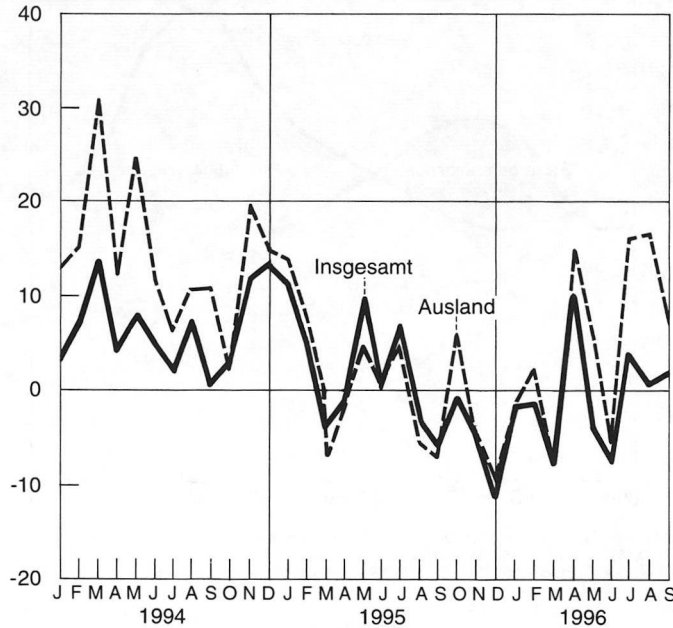
Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich in den Sommermonaten 1996 eine konjunkturelle Wende zum Besseren hin vollzogen, nachdem es 1995 zu einem deutlichen konjunkturellen Einbruch gekommen war, bedingt durch kräftige Turbulenzen auf den internationalen Devisenmärkten und das Nachlassen der konjunkturellen Dynamik in wichtigen Handelspartnerländern.

Während sich somit Anfang des Jahres 1996 noch rezessive Tendenzen gezeigt hatten, kam es ab dem zweiten Quartal 1996 zu einer Trendwende. Getragen wird die erneute wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung von der Auslandsnachfrage, deren Belebung mit dem zweiten Quartal 1996 einsetzte. Maß-

Schaubild 6

Auftragseingang (real) im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1994

Veränderung gegen
Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

540 96

geblich hierfür war sicherlich, daß sich das Wachstum in den Industrieländern wieder verstärkt hat, wodurch auch die Nachfrage nach Investitionsgütern zunahm. Dabei kam den Unternehmen nicht zuletzt auch die weitgehende Korrektur der im Frühjahr 1995 eingetretenen starken DM-Aufwertung zugute. Darüber hinaus dürften die Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen der vergangenen Jahre die Marktchancen der Wirtschaft verbessert haben.

Trotz dieser konjunkturellen Besserung im Laufe des Jahres verfehlte die Nachfrage in den ersten neun Monaten 1996 das Vorjahresniveau um 1,0 %. Keine konjunkturellen Impulse ließ nämlich bis zuletzt auch die Inlandsnachfrage erkennen, die um 4,1 % hinter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurücklag. Eine zunehmende Stabilisierung zeigt dagegen die Entwicklung bei den Auslandsordern, die in den ersten drei Quartalen das Vorjahresniveau um 4,4 % übertrafen.

In den alten Bundesländern gingen die Auftragseingänge im Zeitraum Januar bis September 1996 um 1,1 % zurück, wobei die Inlandsnachfrage schwächer nachgab als im Land (-3,9 %), andererseits aber der Anstieg der Auslandsorder mit einer Zuwachsrate von 3,7 % etwas geringer ausfiel.

Die Auslandsnachfrage verstärkte sich im Laufe des Jahres zunehmend und führte im dritten Quartal 1996 sogar zu einem Anstieg der Gesamtnachfrage um 2,2 %, obwohl die Inlandsbestellungen nach wie vor hinter den Vorjahreswerten lagen (-3,5 %). Im ersten Halbjahr 1996 war dagegen lediglich im April ein Nachfrageanstieg zu registrieren, dessen Ausschlag wesentlich dazu beitrug, daß sich im zweiten Quartal der Rückstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bis auf nur 1 % reduzierte, nachdem die Aufträge im ersten Quartal 1996 um 4 % zurücklagen. So waren im ersten Quartal sowohl die Inlandsorder (-4,6 %) als auch die Aus-

landsorder (-2,7 %) noch stark rückläufig. Im zweiten Quartal lag das Niveau der Auslandsorder jedoch bereits wieder um 4,5 % über dem Vorjahreswert.

Allerdings war die Entwicklung in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich. Für den Zeitraum Januar bis September konnte ein Auftragsplus nur für die Wirtschaftsbranchen Fahrzeugbau, getragen von den Auslandsordern, sowie die Chemische Industrie verzeichnet werden. Nach wie vor unter dem Vorjahreswert lagen die Auftragseingänge im Bereich Metall-erzeugung/-bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen, im Maschinenbau, im Bereich Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie im Textil- und Bekleidungs-gewerbe .

Allmähliche Produktionsausweitung

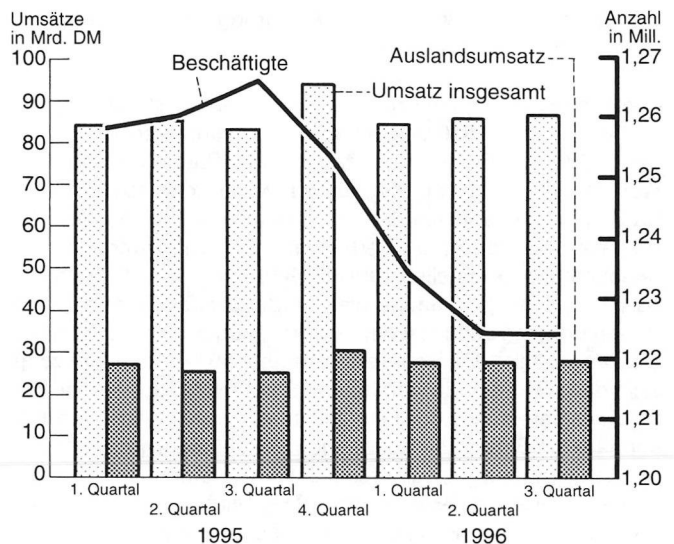
Mit Verzögerung hat sich die Entwicklung der Auftragseingänge im Laufe des Jahres 1996 auch bei der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe niedergeschlagen. Für den Zeitraum Januar bis September 1996 lag das Produktionsniveau um 1,0 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Dabei war vor allem bei den Investitionsgütern ein Produktionsanstieg festzustellen (+2,9 %), während die Verbrauchsgüter um 0,3 % zurückgingen und die Gebrauchsgüter nahezu stagnierten (+0,2 %).

Wie die Entwicklung der Auftragseingänge bereits signalisierte, kam es im dritten Quartal zu einer merklichen Produktionsausweitung mit einem Produktionsanstieg gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Höhe von 2,0 %, während im ersten Halbjahr die Entwicklung eher auf eine Stagnation hinwies. So konnte im ersten Quartal zwar ein leichtes Wachstum verzeichnet werden (+1 %), im zweiten Quartal wurde aber nur in etwa das Vorjahresniveau erreicht.

Auch bei der Produktionsentwicklung zeigte sich nach den ersten drei Quartalen 1996 in den einzelnen Wirtschaftsbranchen ein uneinheitliches Bild. Ein kräftiges Plus (+8 %)

Schaubild 7

Umsätze und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1995 und 1996



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

518 96

konnte bisher lediglich der in Baden-Württemberg bedeutende Fahrzeugbau verbuchen. Eine merkliche Ausweitung der Produktion verzeichneten auch der Bereich Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (+ 3,4 %) und die Chemische Industrie (+ 2,8 %), während das Wachstum in der nach der Beschäftigtenzahl dominierenden Branche des Landes, dem Maschinenbau, mit 1,1 % ebenso moderat ausfiel wie im Bereich Ernährungs- und Tabakverarbeitung. Produktionseinbußen mußten demgegenüber eine Vielzahl von Branchen hinnehmen, so insbesondere das Textil- und Bekleidungs-gewerbe mit einem kräftigen Minus von 8 % und der Bereich Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (- 5,2 %). Auch das Papier- und Druckgewerbe erlebte einen deutlichen Produktionsrückgang (- 3,8 %).

Anlaß zu etwas mehr Optimismus gibt auch die Entwicklung der wertmäßigen Umsätze, wobei auch hier die zeitliche Verzögerung beachtet werden muß. 1995 tätigten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg einen Gesamtumsatz, der um 3 % höher war als 1994. Von Januar bis September 1996 lag der Gesamtumsatz der Betriebe zwar nur noch um 1,9 % über dem Vorjahreswert, doch verbesserten sich im Laufe des Jahres 1996 die Geschäfte zunehmend. So lagen die Umsätze im dritten Quartal bereits um 4,4 % über dem Vorjahreswert. Auch hier zeigt sich, daß das positive Bild der Umsatzentwicklung maßgeblich von den Auslandsgeschäften geprägt wurde. So konnte für den Gesamtzeitraum Januar bis September 1996 mit dem Ausland ein Umsatzplus von 6,7 % erzielt werden, während sich die Inlandsumsätze nicht mehr so stark abschwächten (- 0,3 %), wie dies noch im ersten Halbjahr 1996 der Fall war. Die Exporteure profitierten damit von den höheren Auslandsordern. Die Exportquote stieg auf 32,7 % an und bewegte sich damit um beachtliche 1,5 Prozentpunkte über dem Vorjahresstand. Starke Umsatzzuwächse gab es dabei im Fahrzeugbau (+ 11,9 %) sowie im Maschinenbau (4,9 %), wobei die Auslandsumsätze um 13,9 % bzw. 12,8 % zunahmen.

Für eine konjunkturelle Besserung ab dem dritten Quartal 1996 sprechen der deutliche Anstieg der Auslandsorder und damit bessere Umsatzaussichten.

Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe hält an

Der Beschäftigungsrückgang hält im Verarbeitenden Gewerbe dagegen unvermindert an. So lag die Zahl der Beschäftigten im Durchschnitt der ersten neun Monate des Jahres 1996 bei rund 1,232 Mill. Personen. Das bedeutet gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum einen weiteren Personalabbau von etwa 34 000 Stellen. Das waren 2,7 % weniger als im Vorjahr, 1995 betrug die Abnahme 2,9 %. Im früheren Bundesgebiet wurden 1996 die Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe um 3,5 % reduziert.

Infolge der Rezession, aber auch im Zuge starker Rationalisierungs-bemühungen hatten die Unternehmen die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe von 1991 bis 1995 bereits um über 280 000 reduziert. Damit war jeder fünfte Arbeitsplatz in der baden-württembergischen Industrie verlorengegangen. Zugleich wurden im Zeitraum Januar bis September 1996 die Arbeiterstunden gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 5,2 % auf knapp 1 210 Mill. Stunden reduziert, nach einem Rückgang um 2,3 % im gesamten Jahr 1995. Die im Zeitraum Januar bis September bezahlten Löhne und Gehälter summierten sich auf 59,6 Mrd. DM (+ 0,6 %), für das gesamte Jahr 1995 betrug sie 80,2 Mrd. DM (+ 1,2 %).

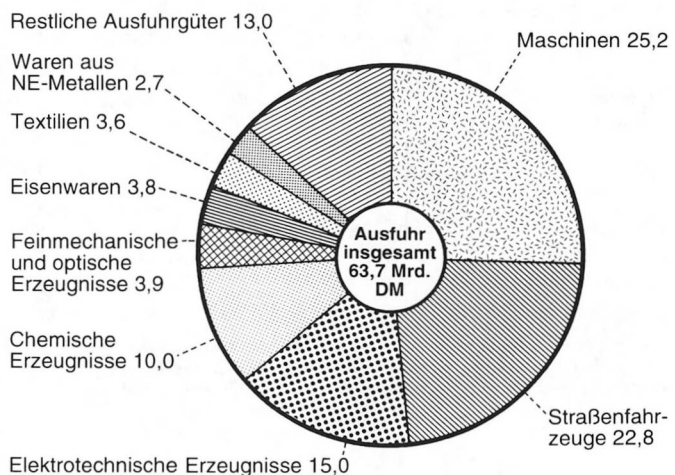
Außenhandel: Wichtigste Stütze der konjunkturellen Besserung

Die zunehmende Auslandsnachfrage spiegelt sich auch in der Exportentwicklung wider. Im Zeitraum Januar bis Juni 1996 wurden Waren im Wert von 63,7 Mrd. DM aus Baden-Württemberg ins Ausland ausgeführt. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine nominale Steigerung um über 5 %; damit wurde die Rate für das gesamte Jahr 1995 bereits geringfügig übertroffen. Der Export ist derzeit Auslöser und wichtigste Stütze der konjunkturellen Besserung. Für das inzwischen wieder rege Exportgeschäft spielte unter anderem eine wesentliche Rolle, daß sich die starke DM-Aufwertung vom Frühjahr 1995 deutlich zurückgebildet hat; hinzu kam, daß die Industrie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erhebliche Anstrengungen unternommen hatte und sich zudem eine konjunkturelle Erholung in wichtigen Partnerländern abzeichnete.

Schaubild 8

Ausfuhr Baden-Württembergs im 1. Halbjahr 1996 nach Waren

Anteile in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

521 96

Den bedeutendsten Beitrag zur Exportsteigerung im ersten Halbjahr 1996 leistete der Maschinenbau, der nach wie vor den höchsten Anteil an den gesamten Ausfuhrungen des Landes innehat. Hier konnte mit nahezu 13 % die Wachstumsrate des Jahres 1995 von gut 10 % sogar noch übertroffen werden. Dynamischer als im Vorjahr entwickelten sich aber auch die Exporte mit Luft- und Kraftfahrzeugen mit einer Zunahme von 4,4 %, von elektrotechnischen Erzeugnissen mit 3,2 % und von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen mit rund 10 %. Einen unterdurchschnittlichen, vor allem aber deutlich unter dem Vorjahresergebnis liegenden Zuwachs gab es bei den chemischen Erzeugnissen (+ 1,0 %). Bei der Ausfuhr von Textilien war dagegen, wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren, mit - 3,1 % ein deutlicher Rückgang zu beklagen.

Konjunkturaufschwung in den wichtigen Handelspartnerländern

Vor allem in Westeuropa und in den USA hat der Konjunkturaufschwung im Verlauf des ersten Halbjahres 1996 wieder an

Tabelle 6

**Ausfuhr Baden-Württembergs im 1. Halbjahr 1996
nach Handelspartnern**

Handelspartner	Ausfuhr (Spezialhandel)			
	Mill. DM	Anteile in %	Veränderung gegen 1. Halbjahr 1995 in %	Veränderung 1995 gegen 1994 in %
Europa	43 487,1	68,3	+ 5,2	+ 5,2
davon				
EU-Länder	32 195,1	50,5	+ 3,1	+ 4,2
darunter				
Belgien-Luxemburg . .	2 591,8	4,1	- 3,5	+ 0,3
Frankreich	6 989,8	11,0	- 0,4	+ 3,7
Großbritannien	4 496,4	7,1	+ 9,7	+ 9,4
Italien	4 619,5	7,3	- 5,6	+ 1,0
Niederlande	3 462,6	5,4	+ 8,5	+ 8,4
Österreich	3 587,2	5,6	+ 6,5	- 8,2
Schweden	1 536,4	2,4	+ 8,6	+ 14,2
Spanien	2 368,6	3,7	+ 9,2	+ 17,2
EFTA-Länder ¹⁾	5 691,0	8,9	- 1,0	+ 6,7
darunter				
Schweiz	5 167,7	8,1	- 2,4	+ 6,4
Reformländer ²⁾	3 979,3	6,2	+ 24,2	+ 7,4
darunter				
Polen	778,0	1,2	+ 30,6	+ 11,2
Tschechische Republik .	974,8	1,5	+ 23,1	+ 22,3
Ungarn	763,2	1,2	+ 21,3	+ 5,1
ehemalige Sowjetunion	930,9	1,5	+ 18,0	- 14,0
Übriges Europa	1 621,7	2,5	+ 37,0	+ 16,6
Afrika	1 365,9	2,1	- 5,9	+ 4,5
Amerika	8 632,5	13,6	+ 6,2	+ 3,3
darunter				
Vereinigte Staaten	6 654,7	10,4	+ 7,8	+ 0,5
Asien	9 603,5	15,1	+ 6,4	+ 6,4
darunter				
Japan	2 567,1	4,0	+ 28,6	+ 17,1
China	838,0	1,3	+ 17,2	+ 3,7
ASEAN-Länder ³⁾	2 175,4	3,4	+ 2,5	+ 16,1
Australien und Ozeanien .	581,4	0,9	+ 0,9	+ 0,8
Insgesamt	63 694,7	100	+ 5,2	+ 5,1

¹⁾ Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. - ²⁾ Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Tschechische Republik und Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. - ³⁾ Thailand, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

Dynamik gewonnen. Damit konnten die Ausfuhr in die EU, in die über die Hälfte aller Exporte des Landes gehen, im ersten Halbjahr 1996 um 3,1 % erhöht werden; der Zuwachs für das gesamte Jahr 1995 hatte 4,2 % betragen. Ausgeprägter war der Aufschwung im USA-Geschäft. Nach einer annähernden Stagnation (+ 0,5 %) im Jahr 1995 konnten die Exporte in die USA im ersten Halbjahr des Jahres 1996 wieder um 7,8 % ausgedehnt werden. Zunehmende Bedeutung als Handelspartner erlangten aber auch die stark expandierenden Volkswirtschaften der reformstarken Länder Mittel- und Osteuropas. Auch hier gab es weiterhin eine positive Entwicklung: Die Exporte konnten um 24,2 % gesteigert werden, nach 7,4 % im Jahr 1995. Weniger erfreulich verlief dagegen die Entwicklung der Ausfuhr in die EFTA-Länder. Hier kam es zu einem Rückgang der Ausfuhr um 1,0 %, wobei die Exporte in die Schweiz gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,4 % sanken. Ebenso dynamisch wie im vergangenen Jahr haben sich die Exporte nach Asien entwickelt (+ 6,4 %). Deutlich an Dynamik verloren haben die Exporte in die ASEAN-Länder. Andererseits steigerte aber Japan seine Importe aus Baden-Württemberg um 28,6 %, nachdem in Japan die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen war. In den Entwicklungsländern konnten dagegen zuletzt weniger Waren abgesetzt werden (- 0,4 %) als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

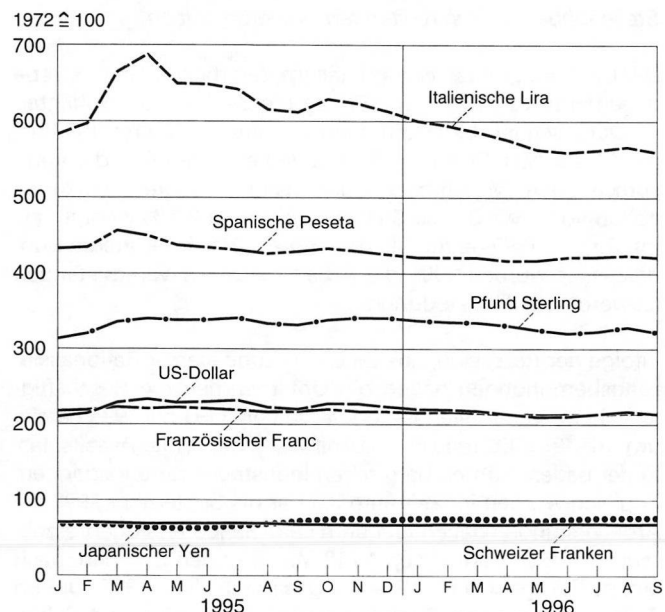
Im Handel mit den EU-Mitgliedstaaten waren im einzelnen höchst unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen. Jedoch hat sich die wirtschaftliche Lage in den meisten kleineren Mitgliedstaaten sowie Großbritannien am deutlichsten verbessert. Daher war insbesondere die Nachfrage aus Großbritannien nahezu unverändert stark, während sich in Frankreich das Wachstum etwas verlangsamt hat. So sanken die Ausfuhr nach Frankreich, dem größten Handelspartner Baden-Württembergs überhaupt, um 0,4 %, während die Exporte nach Großbritannien um 9,7 % stiegen. Weiterhin erfuhren die Exporte nach den Niederlanden, Österreich, Spanien und Schweden geradezu einen Boom. Zu einem Rückgang kam es dagegen bei den Ausfuhr nach Italien.

Währungsrelationen haben sich normalisiert

Maßgeblich für die weitere Entwicklung der Ausfuhr ist einerseits der Konjunkturverlauf in den Absatzländern, andererseits wird die Wettbewerbsposition der baden-württembergischen Exporteure auch von den Währungsrelationen bestimmt, die am besten mit dem Index des Außenwertes der DM dargestellt werden können¹. Seit Mitte des Jahres 1995 ist auf den internationalen Devisenmärkten nach starken Turbulenzen wieder etwas Ruhe eingetreten, was die Exportbedingungen für 1996 deutlich verbesserte. Dabei hat sich die heftige Aufwertung der DM in der ersten Jahreshälfte 1995 in den letzten Monaten nahezu vollkommen zurückgebildet. So notierte die DM gemessen am gewogenen Außenwert gegenüber den Währungen von 18 Industriestaaten im August rund

¹ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Schaubild 9

**Außenwert der DM gegenüber ausgewählten
anderen Währungen von Januar 1995
bis September 1996**


Quelle: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

259 96

1 % unter dem Stand des vorigen Jahres, verglichen mit einem Aufwertungssatz von 6 % im Juni 1995. Gegenüber den EU-Währungen, denen eine zentrale Bedeutung für die Exportwirtschaft zukommt, ergibt sich ein realer Außenwert der DM, der im Vergleich zu Anfang 1995 deutlich niedriger liegt und in etwa dem Stand von 1994 entspricht. Damit haben sich die Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Exportwirtschaft von dieser Seite her wieder spürbar gebessert.

Dazu kommt unter eher langfristigem Aspekt natürlich die technologische Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Exporteure und ihre unternehmerische Fähigkeit, neue Märkte zu erschließen. Zwar ist in den letzten Jahren mancher technologische Vorsprung, insbesondere gegenüber den kostengünstiger produzierenden Schwellenländern Südostasiens, geschrumpft oder gar verlorengegangen, die Konkurrenzsituation auf den Weltmärkten ist dadurch zweifellos härter geworden. Das wirtschaftliche Wachstum gerade in Südostasien sowie die zunehmenden Handelsverflechtungen ehemals planwirtschaftlich organisierter Länder in Osteuropa bieten jedoch durchaus auch neue Chancen. Alles in allem werden unter diesen Bedingungen vom Export 1997 wieder stärkere Impulse für die baden-württembergische Wirtschaft ausgehen als noch anfangs 1996. Dies zeigt auch die Entwicklung der Auslandsaufträge. So läßt die Entwicklung der Auftragseingänge in den nächsten Monaten einen weiteren Fortgang der Aufwärtsbewegung bei den Ausfuhren erwarten. Dafür spricht auch, daß sich die Exporterwartungen in der Industrie in den letzten Monaten deutlich verbessert haben². Offensichtlich findet hierin das günstigere Umfeld seinen Niederschlag, das die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten mittlerweile wieder vorfindet. Jedenfalls hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutscher Produkte nach der weitgehenden Entzerrung der Wechselkursrelationen merklich verbessert.

Bauwirtschaft: Opfer der Investitionsschwäche

Die Bauwirtschaft trug 1996 zum schwachen wirtschaftlichen Aufschwung in Baden-Württemberg bei. Trotz niedriger Zinsen und fallender Baupreise ließ die Investitionsbereitschaft der gewerblichen, privaten und öffentlichen Auftraggeber deutlich nach. Die Finanznot der öffentlichen Haushalte, geringe Rentabilitätsaussichten im Wohnungsbau und die Zurückhaltung gegenüber gewerblichen Bauvorhaben führten zu einem drastischen Einbruch der Auftragslage. Der Wert der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe blieb in den ersten drei Quartalen fast 14 % hinter dem entsprechenden Vorjahresniveau zurück. Damit ist der Auftragseingangswert 1996 viermal so stark gesunken wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Während im Jahr 1995 lediglich die Auftragslage im Hochbau schlechter war als im Vorjahr, rutschte 1996 auch der Wert der Auftragseingänge im Tiefbau mit zweistelligen Raten ins Minus. Dort lag in den ersten neun Monaten der Wert der Auftragseingänge mit - 17 % sogar deutlicher unter dem entsprechenden Vorjahresniveau als im Hochbau (- 11 %). Daß der Tiefbau - im Jahr 1995 noch eine Stütze im Bauhauptgewerbe - im abgelaufenen Jahr so stark eingebrochen ist, ist

² Siehe: Ifo Wirtschaftskonjunktur, Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Tabelle 7

Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Baden-Württemberg 1996

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	Januar bis September
	Veränderung gegen 1995 in %			
Bauhauptgewerbe insgesamt	- 17,9	- 10,7	- 12,2	- 13,5
davon				
Hochbau	- 20,4	- 7,3	- 5,7	- 11,1
darunter				
Wohnungsbau . . .	- 25,0	- 9,1	- 3,3	- 12,7
Wirtschaftsbau ¹⁾ . .	- 14,7	- 3,1	- 6,8	- 8,2
öffentlicher Bau ²⁾ . .	- 16,4	- 13,0	- 12,5	- 13,8
Tiefbau	- 13,2	- 15,8	- 20,8	- 17,0
darunter				
Straßenbau	- 23,4	- 14,0	- 3,5	- 12,8
Wirtschaftsbau ³⁾ . .	+ 7,6	- 8,0	- 12,6	- 5,0
öffentlicher Bau . .	- 15,7	- 21,0	- 36,5	- 25,8

¹⁾ Einschließlich landwirtschaftlicher Bau, Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen. - ²⁾ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³⁾ Einschließlich Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen.

vor allem auf die nachlassenden Aufträge aus dem öffentlichen Bereich zurückzuführen. Im Straßenbau und im sonstigen öffentlichen Tiefbau lagen die Auftragseingänge in den ersten neun Monaten 1996 um 13 bzw. 26 % unter dem Vorjahresniveau (1995: 0 % bzw. + 25 %). Der erhebliche Rückstand bei den Auftragseingängen im sonstigen öffentlichen Tiefbau im dritten Quartal 1996 (- 37 %) ist allerdings auf den hohen Auftragseingangswert im September 1995 zurückzuführen, der auf der Teilvergabe im Zusammenhang mit einem Großprojekt beruhte. Im öffentlichen Hochbau gingen die Auftragseingänge in den ersten drei Quartalen 1996 um fast 14 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Dort fiel der prozentuale Rückgang sogar stärker aus als im Wohnungsbau (- 13 %). Die Auftragseingänge im Wirtschaftshochbau lagen 8 % unter dem Vorjahresniveau.

Im Vergleich zu den wertmäßigen Auftragseingängen brachen die realen Auftragseingänge nicht so stark ein. Das Volumen der Auftragseingänge lag von Januar bis September 1996 im Hochbau rund 9 % und im Tiefbau rund 15 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Grund hierfür waren die geringeren Baupreise. Diese gaben vom ersten bis zum dritten Quartal immer mehr nach. Im dritten Quartal 1996 lagen die Baupreise 1,7 % unter dem Vorjahresquartal. Dies war der stärkste Rückgang seit November 1967 (- 5,1 %).

Rohbauleistung deutlich unter Vorjahresniveau

Der bereits seit 1995 schwache Auftragseingang hinterließ auch in der Produktion des baden-württembergischen Bauhauptgewerbes tiefe Spuren. Die reale und kalenderbereinigte Rohbauleistung lag von Januar bis September 1996 nahezu 11 % unter dem vergleichbaren Vorjahreswert. Im Hochbau ging die Rohbauleistung sogar um 16 % zurück, während der Tiefbau (- 1 %) nach einer Durststrecke während der Wintermonate noch von der guten Auftragslage des Vorjahres zehrte - und hier unter anderem von dem bereits genannten großen öffentlichen Tiefbauprojekt, das im dritten Quartal 1995 vergeben wurde.

Obwohl die Bauleistung im Tiefbau zurückging, lag das Volumen der noch nicht erledigten Aufträge und Auftragsteile wegen der schwächeren Auftragsvergabe zum Ende des dritten Quartals 1996 12 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Auch die Betriebe im Hochbau verfügten am Ende des dritten Quartals 1996 über geringere Auftragsreserven (- 8 %).

Die erheblich geringere Bauleistung spiegelte sich auch in einer kräftigen Reduzierung der Beschäftigung wider. Von Januar bis September 1996 lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden rund 13 % unter dem Vorjahresniveau, die Zahl der tätigen Personen ging um 10 % zurück. Ein Teil des Beschäftigungsrückgangs wurde über erhöhte Kurzarbeit abgefangen. Ebenso wie bei der realen Rohbauleistung war auch der Beschäftigungsrückgang im Hochbau stärker ausgeprägt als im Tiefbau. Im Hochbau lag die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden von Januar bis September 1996 rund 14 % unter dem Vorjahresniveau, im Tiefbau waren es 11 %.

Wohnungsbaunachfrage läßt weiter nach

Wie aus den erteilten Baugenehmigungen sichtbar wird, war die Verschlechterung der Lage im Hochbau im Laufe des Jahres 1996 auf die geringere Wohnungsbaunachfrage zurückzuführen. In den ersten drei Quartalen 1996 wurden rund 45 000 Neubauwohnungen zum Bau freigegeben, 18 % weniger als ein Jahr zuvor. Im Geschößwohnungsbau wurden 1996 in diesem Zeitraum 24 700 Neubauwohnungen genehmigt, ein Drittel weniger als ein Jahr zuvor. In diesem starken Rückgang äußern sich die geringen Renditeerwartungen der Kapitalanleger. Demgegenüber lag die Zahl der zum Bau freigegebenen Neubauwohnungen von Januar bis September 1996 mit 7 600 nur knapp 3 % unter dem vergleichbaren Vorjahresniveau, während sich die Nachfrage bei Einfamilienhäusern sogar kräftig erholt hat. In den ersten drei Quartalen 1996 wurden 11 800 Neubauwohnungen in Einfamilienhäusern genehmigt, gut 26 % mehr als im Vorjahr. Diese Entwicklung dürfte neben den niedrigen Zinsen und den gesunkenen Baupreisen auch auf die Neuregelung der Wohnungsbauförderung zurückzuführen sein, die am 1. Januar 1996 in Kraft trat.

Nachfrage im Nichtwohnbau zieht an

Der Nichtwohnbau, der vor allem gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude sowie Hochbauten der öffentlichen Hand umfaßt, hat sich 1996 im Laufe des Jahres erholt. In den ersten drei Quartalen übertraf das genehmigte Neubauvolumen den Vorjahreswert um fast 26 %. Damit war das genehmigte Neubauvolumen im Wirtschaftsbau und öffentlichen Hochbau erstmals seit vier Jahren wieder größer als im Wohnungsbau. Die wichtigste Bauherrngruppe im Nichtwohnbau stellten die Wirtschaftsunternehmen. In dieser Bauherrngruppe lag das genehmigte Bauvolumen in den ersten drei Quartalen 1996 fast 30 % über dem Vorjahreswert.

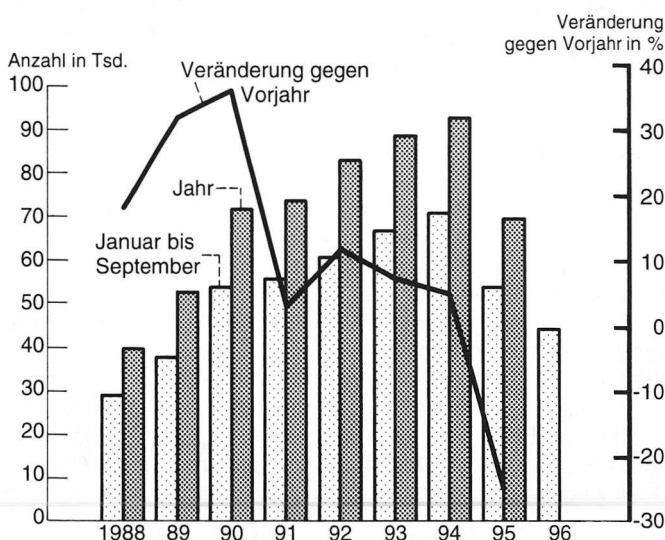
Durch die Erholung des Nichtwohnbaus war das genehmigte Hochbauvolumen von Januar bis September 1996 insgesamt wieder fast 6 % höher als ein Jahr zuvor (1995: - 16 %). Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen dürfte auch 1996 noch deutlich über dem bis zum Jahr 2005 prognostizierten jahresdurchschnittlichen Baubedarf von 60 000 bis 70 000 Wohnungen liegen.

Auch 1997 schwache Baukonjunktur

In der Bauwirtschaft ist 1997 noch keine Erholung zu erwarten. Wegen der Finanznot der öffentlichen Haushalte wird die Auftragslage im öffentlichen Hoch- und Tiefbau schlecht bleiben. Dies gilt auch für den Wohnungsbau. Bei anhaltend schwachen Renditeerwartungen dürfte die Nachfrage nach Wohnungen in Mehrfamilienhäusern - dem wichtigsten Sektor der Wohnungsbaunachfrage - weiter sinken. Die Wohnungsbaunachfrage bei Ein- und Zweifamilienhäusern könnte jedoch aufgrund niedriger Zinsen und Baupreise weiter zulegen. Die mit der wirtschaftlichen Belebung einhergehenden Impulse für den gewerblich-industriellen Hoch- und Tiefbau dürften in diesem Jahr noch nicht ausreichen, die vorgenannten negativen Entwicklungen zu kompensieren.

Schaubild 10

Genehmigte Wohnungen*) in Baden-Württemberg seit 1988



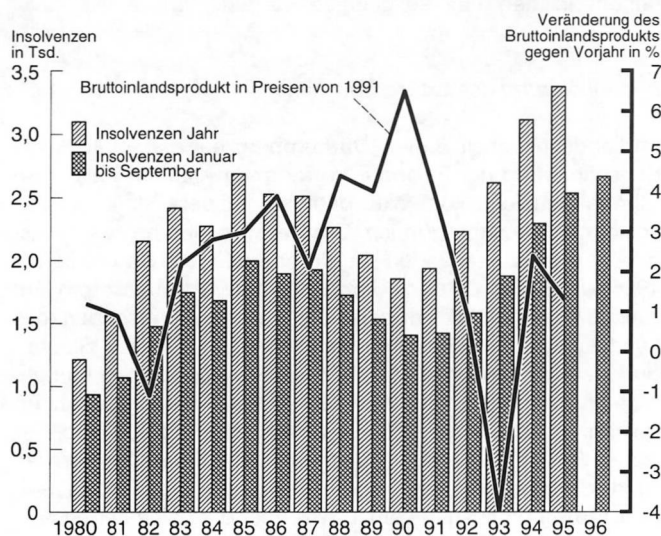
*) In neu zu errichtenden Wohngebäuden.

Insolvenzen: 1996 erneut auf Rekordniveau

In Baden-Württemberg nahm 1996 die Zahl der eröffneten oder mangels Masse abgelehnten Konkurs- oder Vergleichsverfahren im sechsten Jahr in Folge zu. Bereits in den ersten drei Quartalen 1996 wurden 2 665 Insolvenzfälle gezählt, noch einmal gut 5 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Hochgerechnet auf das gesamte Jahr dürfte die Zahl der Insolvenzen über 3 500 liegen. Damit zeichnet sich für 1996 erneut ein Höchststand bei den Insolvenzen ab, nachdem die Amtsgerichte in den Jahren 1994 und 1995 schon Rekordzahlen registriert hatten. Im Vergleich zum Maximum nach der Rezession Anfang der achtziger Jahre liegt die Zahl der Insolvenzfälle im Jahr 1996 um rund ein Drittel höher. Positiv an der Entwicklung des Insolvenzgeschehens im abgelaufenen Jahr war jedoch, daß das Tempo des Anstiegs weiter nachgelassen hat. So hat sich der prozentuale Zuwachs der Insolvenzen in den ersten drei Quartalen 1996 mit 5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum nochmals halbiert (1995: + 11 %, 1994: + 22 %). Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß die Zunahme der Insolvenzen allmählich zum Stillstand kommt.

Die Gesamtentwicklung der Insolvenzen war 1996 wie schon in den Vorjahren durch den Verlauf der Unternehmensinsolvenzen geprägt. In den ersten drei Quartalen 1996 gerieten

Insolvenzen*) im Konjunkturverlauf Baden-Württembergs seit 1980



*) Ohne Anschlußkonkurse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

536 96

1 743 Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten, gut 5 % mehr als ein Jahr zuvor. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1995 hatten die Unternehmensinsolvenzen noch um 20 % zugenommen. Die Insolvenzen der übrigen Gemeinschuldner nahmen in den ersten drei Quartalen 1996 wieder um fast 5 % auf 922 Fälle zu, nachdem diese im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1995 noch um 4 % zurückgegangen waren.

Für den geringeren Anstieg der Unternehmensinsolvenzen im Jahr 1996 waren in erster Linie die Entwicklungen im Handel, im Baugewerbe und im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen verantwortlich. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Wirtschaftszweig, der 1995 noch den Zuwachs der Unternehmensinsolvenzen dämpfte, hat sich die Insolvenzsituation dagegen deutlich verschlechtert. Bis zum Ende des dritten Quartals 1996 gerieten im Verarbeitenden Gewerbe – dem Wirtschaftszweig mit den höchsten Insolvenzzahlen – 381 Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten, fast 23 % mehr als im Vorjahr. Im Jahr 1995 war in diesem Wirtschaftszweig dagegen noch ein Rückgang von fast 8 % zu verzeichnen. Die zweithöchste Zahl insolventer Unternehmen wurde 1996 im Wirtschaftsbereich Handel registriert, wo es 369 Insolvenzfälle gab. Nach dem noch sehr kräftigen Anstieg im Jahr 1995 (+ 26 %) ging dort die Zahl der Insolvenzfälle 1996 um gut 8 % zurück, im Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen) sogar um 24 %. Im Wirtschaftsbereich Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen wurden 1996 bis zum Ende des dritten Quartals 355 Insolvenzfälle gezählt, 8 % mehr als im Vorjahr. Dort hat sich der prozentuale Zuwachs gegenüber 1995 mehr als halbiert. Auch im Baugewerbe haben die Unternehmensinsolvenzen 1996 nicht mehr so stark zugenommen. Mit 350 lag die Zahl der Insolvenzfälle von Januar bis September zwar 11 % über dem Vorjahresniveau, im Jahr zuvor war der Zuwachs jedoch noch dreimal so stark (+ 35 %).

Insgesamt hat sich 1996 die Insolvenzsituation in Baden-Württemberg verschlechtert, obwohl die Häufigkeitsrelation inner-

halb des früheren Bundesgebiets vergleichsweise günstig ausfallen dürfte. Die Position Baden-Württembergs könnte sich im Vergleich zu den übrigen Bundesländern des früheren Bundesgebiets sogar verbessert haben, weil die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Baden-Württemberg von Januar bis Juli 1996 im Vergleich zum Vorjahr in etwa konstant blieb, während diese in Bayern und Rheinland-Pfalz binnen eines Jahres um 18 bzw. 14 % zunahmen. Nur in diesen beiden Bundesländern war die Insolvenzgefährdung im Jahr 1995 mit 60 bzw. 67 Unternehmenszusammenbrüchen je 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen ähnlich gering wie hierzulande (59 Unternehmenszusammenbrüche)³.

Das weitere Insolvenzgeschehen in Baden-Württemberg wird maßgeblich von den wirtschaftlichen Entwicklungen in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen sowie im Baugewerbe abhängen, auf die bis September 1996 mehr als 80 % aller Unternehmensinsolvenzen entfielen. Eine Schlüsselrolle dürfte dabei dem Verarbeitenden Gewerbe zukommen, dem Wirtschaftszweig mit den höchsten Insolvenzzahlen. Wenn sich dort die konjunkturellen Impulse erwartungsgemäß verstärken, könnten im Verlauf des Jahres 1997 die Insolvenzen in diesem Bereich wieder zurückgehen. Ob dieser Entlastungseffekt ausreicht, eine Trendwende im gesamten Insolvenzgeschehen herbeizuführen, erscheint angesichts der anhaltend schwachen konjunkturellen Entwicklung im Baugewerbe und in den damit verbundenen Dienstleistungsbereichen des Grundstücks- und Wohnungswesens eher fraglich. Hierfür spricht auch, daß die Insolvenzentwicklung erst mit zeitlicher Verzögerung dem Konjunkturverlauf folgt. Der Anstieg dürfte sich jedoch weiter verlangsamen.

Verstärkte Sparanstrengungen bei den öffentlichen Haushalten

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wurde durch die Schwäche der Einnahmen sowie weitere Konsolidierungsanstrengungen geprägt. Das unzureichende konjunkturelle Wachstum führte auch zu erheblichen Belastungen der öffentlichen Haushalte: Um weitere Defizite zu vermeiden, wurden starke Sparanstrengungen notwendig. So verlangte die gegenwärtige konjunkturelle Situation einerseits zwar eine Senkung der Steuern und Abgaben, andererseits hatte die schwache konjunkturelle Entwicklung zur Folge, daß die Einnahmen der öffentlichen Haushalte langsamer und die Ausgaben durch die Zunahme der Transferzahlungen schneller stiegen. Zudem führten – allerdings erwartet – die im Januar 1996 in Kraft getretene Anhebung des einkommensteuerlichen Grundfreibetrages und die Neuregelungen des Familienleistungsausgleichs zu geringeren Steuereinnahmen. Damit wird das Steueraufkommen, trotz wieder leicht steigender Wachstumsraten im Jahr 1996, merklich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückbleiben.

In den vergangenen Jahren haben zusätzliche Ansprüche an den Staat, aber auch die Finanzierung der deutschen Einheit, dazu geführt, daß die privaten Haushalte und Unternehmen zunehmend durch Steuern und andere Abgaben belastet wurden. Die Abgabenquote – Anteil der Steuern und Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt – nahm kontinuierlich zu und

³ Vgl. Angele, Jürgen: Insolvenzen 1995, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1996, S. 243.

betrug 1995 für das gesamte Bundesgebiet 43,6 %. Dabei betrug die Steuerquote – Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt – 1995 rund 24,2 % und die Sozialbeitragsquote, die den Anteil der Sozialbeiträge an der gesamtwirtschaftlichen Leistung mißt, 19,4 %.

Diese Abgabenbelastung ist 1996, hervorgerufen durch die Anhebung der Beitragssätze der Renten- und Pflegeversicherung, nochmals gestiegen. Andererseits wurde mit den Steuerentlastungen zu Jahresbeginn 1996 ein erster Schritt zur Entlastung der privaten Haushalte getan. Die Entlastung bezog sich zum Beispiel auf die Freistellung des Existenzminimums von der Einkommensteuer, die Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes sowie die Abschaffung des Kohlepfennigs.

Die Ausgaben des öffentlichen Sektors beliefen sich gleichzeitig (1995) auf 50,6 % des Bruttoinlandsprodukts nach 46,1 % im Jahr 1990. Diese Zunahme ist auch durch das verhaltene wirtschaftliche Wachstum bei zugleich stark steigender Arbeitslosigkeit bedingt. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherungen (Bundesgebiet) entfallen unter anderem 1995 zu 55 % auf Übertragungen und zu 34 % auf den Staatsverbrauch, der zum Beispiel die allgemeine staatliche Verwaltung, die Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, aber auch das Unterrichtswesen, Gesundheitswesen, soziale Sicherung sowie das Wohnungswesen umfaßt.

Auf die Bruttoinvestitionen entfallen 4,4 % der gesamten Ausgaben. 1980 wurden dagegen noch 7,4 % der Ausgaben für Investitionen eingesetzt. 1970 waren es sogar noch 11,8 %. So nahmen die Investitionen von 1994 auf 1995 um 3,3 % ab, während die Ausgaben insgesamt – bereinigt um die übernommenen Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft – um 5,4 % stiegen. Leicht überproportional stiegen dagegen mit einer Zunahme von 6,2 % die (bereinigten) Übertragungen, die vor allem soziale Leistungen, Subventionen aber auch Übertragungen an Gebietskörperschaften und die Sozialversicherungen umfassen; sie haben damit zunehmend ein größeres Gewicht, während andererseits für Investitionen ein immer kleinerer Spielraum bleibt. Im ersten Halbjahr 1996 sind die staatlichen Investitionen nochmals deutlich gesunken. Die realen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen nahmen im Bundesdurchschnitt um 9,4 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ab.

Bei den Ausgaben der staatlichen Haushalte haben insbesondere auch die Zinszahlungen auf öffentliche Schulden deutlich zugenommen. So belaufen sich die Zinsen auf öffentliche Schulden 1995 im gesamten Bundesgebiet in Höhe von rund 130 Mrd. DM auf 3,8 % des Bruttoinlandsprodukts, 1990 waren es noch 2,7 %. Die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte Deutschlands belief sich Ende 1995 – laut der Angaben der Deutschen Bundesbank – auf 1 996 Mrd. DM. Die Verschuldung der westdeutschen Länder betrug rund 443 Mrd. DM, die der westdeutschen Gemeinden rund 160 Mrd. DM. Das bedeutet in den westdeutschen Ländern eine Verschuldung pro Kopf von 6 697 DM, für die westdeutschen Gemeinden errechnet sich je Einwohner ein Beitrag von 2 413 DM.

Deutlich geringer ist die Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg. So belief sich die Verschuldung des Landes Ende 1995 auf 50 Mrd. DM. Das sind je Einwohner 4 871 DM. Dabei nahm die Verschuldung des Landes von 1994 bis Ende 1995 um 2,2 % zu; die Verschuldung je Einwohner um 1,7 %. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1995 auf 17,7 Mrd. DM (+ 0,4 %), das waren je Einwohner 1 716 DM gegenüber 1 717 DM im Jahr 1994. Der

Rückgang des Pro-Kopf-Wertes um rund 1 DM resultiert aus der gegenüber dem Vorjahr höheren Bevölkerungszahl. Nicht berücksichtigt werden jedoch die Schulden, die aus der öffentlichen Hand i.e.S. in Fonds, Einrichtungen und Unternehmen der öffentlichen Hand ausgelagert wurden.

Konsolidierung des Landeshaushalts

Im Landeshaushalt Baden-Württemberg hatte auch 1996 die Konsolidierung der Finanzen Vorrang vor anderen Zielen. So führten deutliche konjunkturbedingte Steuerausfälle zu verstärkten Sparanstrengungen. Das Gesamtvolumen des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1996 wurde im Oktober durch einen zweiten Nachtrag auf rund 61,5 Mrd. DM reduziert. Die gesamten Ausgaben des Landes werden 1996 voraussichtlich zu 64,6 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 30,5 % aus übrigen Einnahmen und zu 4,9 % aus Verwaltungseinnahmen gedeckt. An Personalkosten fallen 1996 voraussichtlich rund 22,1 Mrd. DM (rund 36 % der Gesamtausgaben) an. Mit 5,8 Mrd. DM werden rund 9 % der Landesausgaben für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben. Etwas über die Hälfte der gesamten Ausgaben wird für sächliche Verwaltungsausgaben, Schuldendienst sowie Zuweisungen und Zuschüsse verwendet. Als Nettokreditaufnahme sind 1996 1,7 Mrd. DM vorgesehen.

Ziel des zweiten Nachtrags im Oktober war, die Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 1996 nicht zu erhöhen. So wurden die Steuerausfälle durch Ausgabenkürzungen ausgeglichen, indem der Etat 1996 um weitere 1,1 Mrd. DM gekürzt wurde. Da mit dem ersten Nachtrag bereits 1,4 Mrd. DM Kürzungen beschlossen wurden, beträgt das Kürzungsvolumen im laufenden Haushaltsjahr insgesamt rund 2,5 Mrd. DM. Im Rahmen des zweiten Nachtrags wurden unter anderem die Personalausgaben gegenüber dem Ansatz im ersten Nachtrag um 172 Mill. DM gekürzt. Dabei wirkt sich die Nullrunde für Beamte mit einem Betrag von 130 Mill. DM aus. Außerdem sind um 25 Mill. DM geringere Ausgaben bei Beihilfeleistungen vorgesehen. Weiterhin wurde eine Verlängerung der Stellenbesetzungssperre um sechs Monate auf ein Jahr beschlossen. Dies führt zu Einsparungen von 15 Mill. DM im Jahr 1996. Zudem müssen Sachmittel in Höhe von 739 Mill. DM eingespart werden. Hier seien unter anderem das Wohnungsbauprogramm, der Landesstraßenbau, die Investitionsförderung von Sporteinrichtungen sowie Kürzungen beim Regionalprogramm und bei anderen Programmen im Landwirtschaftsbereich genannt. Weiterhin kommt es zu Kürzungen der Leistungen an Kommunen nach dem Asylbewerberunterbringungsgesetz. Mitte Oktober wurde zudem eine Haushaltssperre mit sofortiger Wirkung erlassen. Damit waren für den Rest des Jahres nur noch Ausgaben zulässig, auf deren Leistung es einen Rechtsanspruch gibt oder die zur Erfüllung bestehender vertraglicher Verpflichtungen notwendig sind. Darüber hinaus dürfen Ausgaben nur bei einer unabweisbaren Notwendigkeit getätigt werden. Ursächlich für diese Haushaltssperre waren Risiken auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite (unter anderem zusätzliche Steuermindereinnahmen sowie Mehrausgaben für Asylbewerber/Bürgerkriegsflüchtlinge und bei den Personalausgaben).

Steuereinnahmen geringer als erwartet

Die laufenden Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg blieben von Januar bis September 1996 hinter der ur-

sprünglichen Planung im ersten Nachtrag für 1996 zurück. Insgesamt beliefen sich die Steuereinnahmen auf 28,3 Mrd. DM, das waren 3,9 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; die Planung veranschlagte ursprünglich 6,6 %. Nach dem zweiten Nachtrag sind es noch 3,4 %. Während die Einnahmen aus Steuern vom Einkommen um rund 5 % abnahmen, war bei den Steuern vom Umsatz ein Plus von 20,6 % zu verzeichnen. Beide Veränderungsraten sind stark von der geänderten Kindergeldauszahlung beeinflusst. Die reinen Landessteuern stiegen demgegenüber um 6,8 %. Ergiebigste Steuern waren die Steuern auf das Einkommen. Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer beliefen sich auf rund 14 Mrd. DM. Jedoch kam es bei der Lohnsteuer aufgrund des Jahressteuergesetzes 1996 zu einem deutlichen Rückgang. Darüber hinaus wurde die Entwicklung des Lohnsteueraufkommens zunehmend auch von den moderaten Tarifabschlüssen dieses Jahres geprägt. Die Erträge aus den veranlagten Steuern sind im Gegensatz zur Lohnsteuer kräftig gestiegen. Dies gilt in noch stärkerem Maße auch für die Körperschaftsteuer. Vor allem deutlich geringere Erstattungen für zurückliegende Jahre trugen zu den Steigerungen bei den Gewinnsteuern bei.

Wichtigste Einzelsteuer unter den Landessteuern war die Kraftfahrzeugsteuer, die allerdings gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 1,2 % auf 1,5 Mrd. DM sank, gefolgt von der Vermögensteuer, die um 15 % auf rund 1,1 Mrd. DM stieg. Die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer stiegen dagegen um 3,4 % und beliefen sich auf rund 0,7 Mrd. DM.

Außerdem konnte das Land Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in Höhe von rund 0,7 Mrd. DM (- 1,7 %) sowie laufende Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 5,9 Mrd. DM verbuchen. An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden in den ersten drei Quartalen 1996 insgesamt rund 6,7 Mrd. DM (+ 1,0 Mrd. DM) gebucht. Diesen Einnahmen aus Schuldenaufnahmen stehen 6,3 Mrd. DM Tilgungsausgaben gegenüber. Die Nettokreditaufnahme belief sich damit auf rund 0,4 Mrd. DM. Die Nettokreditermächtigung des Haushaltsplans 1996 beträgt 1,7 Mrd. DM.

Bei den den Gesamteinnahmen von 43,9 Mrd. DM (+ 6,1 %) gegenüberstehenden Gesamtausgaben von 45,9 Mrd. DM (+ 4,8 %) entfielen 16,7 Mrd. DM auf die Personalausgaben, die gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,9 % stiegen. Weitere 22,8 Mrd. DM (+ 4,2 %) entfielen auf die Sachausgaben (ohne Tilgungsausgaben). Stark nahmen hier die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 14,9 Mrd. DM (+ 6,1 %) zu. Davon entfielen auf Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs 2,1 Mrd. DM, allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden betragen rund 5,7 Mrd. DM und laufende Zuschüsse an öffentliche Unternehmen 1,6 Mrd. DM. Für Zinsausgaben mußten rund 2,5 Mrd. DM eingesetzt werden. Für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wurden insgesamt 2,6 Mrd. DM ausgegeben. Die Baumaßnahmen, die unter anderem den Bau von Schulen, Hochschulen, Hochschulkliniken, Behördengebäuden und den Bau von Straßen einschließen, beliefen sich auf 0,46 Mrd. DM und sanken um 14 %.

Geringe Ausgabensteigerung bei den Kommunen

Die baden-württembergischen Kommunen (Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände) hatten in diesem Jahr nur wenig mehr Ausgaben als im Vorjahr bei nur

leicht steigenden Einnahmen. Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände betragen in den ersten drei Quartalen 1996 insgesamt 27,0 Mrd. DM (+ 3,8 %). Die Netto-steuereinnahmen (also ohne die Gewerbesteuerumlage) lagen bei 9,4 Mrd. DM und stiegen insgesamt um 5,3 % an; dabei erhöhte sich insbesondere die Gewerbesteuer (netto) um 13,2 %, während der Gemeindeanteil der Einkommensteuern um 4,2 % sank. Ein Anstieg war auch bei den Grundsteuern festzustellen.

Die Ausgaben aller Gemeinden/Gemeindeverbände betragen (bereinigt) nach den ersten neun Monaten 1996 rund 27,4 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ist dies ein geringer Anstieg um 0,3 %. Nach einem Rückgang im Jahr 1994 um gut 2 % waren damit die Ausgaben 1995 nahezu unverändert geblieben. Große Ausgabenpositionen waren die Personalausgaben mit 7,1 Mrd. DM (- 0,1 %), der laufende Sachaufwand mit 4,9 Mrd. DM (- 0,4 %) sowie die Sozialleistungen mit rund 5,0 Mrd. DM (+ 9,4 %).

Erhebliche Kürzungen sind dagegen weiterhin bei den investiven Ausgaben festzustellen. Die Sachinvestitionen gingen in den ersten drei Quartalen 1996 gegenüber 1995 um 3,0 % auf 4,6 Mrd. DM zurück.

Die Kommunen müssen auch 1997 und in den folgenden Jahren durch einen entschiedenen Sparkurs die Haushaltskonsolidierung weiterführen, weil sich die finanziellen Rahmenbedingungen kurzfristig nicht entscheidend verbessern werden. Der Konsolidierungsprozeß ist nicht nur notwendig, um die Kriterien für den Eintritt in die Währungsunion zu erfüllen, sondern vor allem auch, um langfristig die Voraussetzung zur Senkung der Abgabenlast zu schaffen.

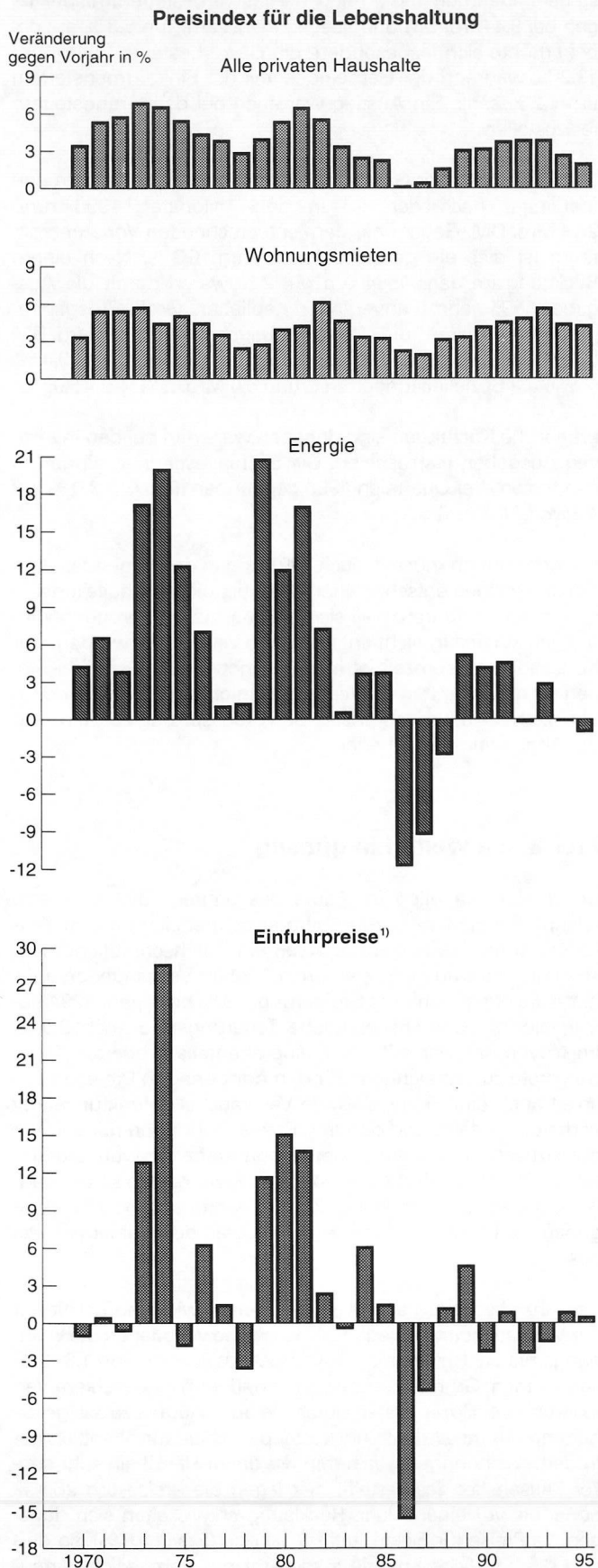
Preisklima weiterhin günstig

Das Preisklima blieb im Laufe des Jahres 1996 sehr gespannt. Für Baden-Württemberg errechnet sich für den Zeitraum Januar bis November 1996 ein durchschnittlicher Anstieg der Verbraucherpreise um 1,2 %. Im vergangenen Jahr hatte die entsprechende Steigerung 1,9 % betragen. 1994 betrug die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate noch 2,6 %. Im November war mit 1,3 % eine ebenfalls moderate Teuerungsrate zu verzeichnen. Für den nur geringen Preisauftrieb spielt auch eine Rolle, daß die Verbrauchskonjunktur relativ verhalten verläuft und dadurch Preisanhebungen nur schwer durchzusetzen sind. Außerdem signalisierten sowohl die Einfuhrpreise als auch die inländischen Erzeugerpreise eine äußerst günstige Entwicklung. Zudem wirkte sich bei den Ausgaben für häusliche Energie der Wegfall des Kohlepfennigs aus.

Der Grundtendenz nach blieb die Preisentwicklung damit auf der Verbraucherstufe gedämpft. Nach wie vor stiegen die Wohnungsmieten. Hier war im November ein Anstieg von 1,8 % zu verzeichnen. Grund hierfür ist unter anderem eine stärkere Verteuerung der Sozialmieten durch die ab 1. August zulässige Erhöhung der Instandhaltungskostenpauschale für öffentlich geförderte Wohnungen. Weiterhin wurde für Heizöl ein sehr starker Preisanstieg festgestellt; hier lagen die Preise um 26,4 % höher als vor einem Jahr. Rückläufig entwickelten sich dagegen die Preise für Elektrizität (- 7 %) und Gas (- 0,8 %), so daß sich die häusliche Energie insgesamt nur unmerklich verteuerte (+ 0,1 %). Überdurchschnittlich nahmen die Preise für Dienstleistungen zu. Damit waren beispielsweise auch die Gü-

Schaubild 12

Entwicklung ausgewählter Preisindizes in Baden-Württemberg seit 1970



1) Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

515 96

ter für Gesundheits- und Körperpflege deutlich teurer als im Vorjahr (+ 2,8 %). Relativ stark belasteten die Preise für Verkehr und Nachrichtenübermittlung das Haushaltsbudget mit einem Preisanstieg von 2,2 %. Im Bereich des Verkehrs verteuerten sich die Kraftstoffe um 8,8 %; der größte Preisanstieg wurde für Dieselmotoren festgestellt (+ 14,9 %). Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung machte sich aber auch die Anhebung der Preise der Personenbeförderung Anfang des Jahres bemerkbar, und die Neustrukturierung des Tarifgefüges der Telekom könnte zudem eine Verteuierung der Fernspreckgebühren bewirkt haben. Günstig entwickelten sich die Preise für Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für Haushaltsführung (+ 1,0 %) sowie bei den Gütern für persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes und Gütern sonstiger Art (+ 0,4 %). Profitieren konnten die Verbraucher weiterhin von der insgesamt günstigen Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (+ 0,8 %) sowie bei den Gütern für Bildung, Unterhaltung, Freizeit (+ 0,4 %). Nur wenig stärker belasteten auch die Preise für Bekleidung und Schuhe das Haushaltsbudget mit einer Teuerungsrate von 0,9 %.

Stabilität bei Einfuhr- und Erzeugerpreisen

Die Betrachtung der vorgelagerten Handelsstufen macht zudem deutlich, daß ein besonderer Inflationsdruck weder von den Importpreisen noch von den heimischen Vorleistungsstufen ausging. Zwar haben sich auf den internationalen Märkten für Rohstoffe und Energie die Preise in unterschiedlicher Richtung entwickelt. Die Dollarmotierungen für Industrierohstoffe und Nahrungsmittel sind weiter gefallen, demgegenüber haben sich Rohöl- und Mineralölerzeugnisse deutlich verteuert⁴. So notierte die DM im Vergleich zum Dollar zuletzt wieder fester. Insgesamt lag der HWWA-Index für Rohstoffe und Energie im Juli um 14,9 % über dem Vorjahreswert, was einem Anstieg der Einfuhrpreise um 0,5 % entsprach. Im August kam es bereits wieder zu einer Preissenkung und im September zu einer nur leichten Zunahme. So gingen von der außenwirtschaftlichen Seite insgesamt keine störenden Einflüsse auf die Preisentwicklung aus. Die Einfuhrpreise zogen im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 1996 um 0,1 % und im dritten Quartal um 0,2 % an. Hierzu hat auch beigetragen, daß der US-Dollar im Juni nach einer langen Periode stetiger Aufwertung im Verhältnis zur DM erstmals wieder etwas niedriger als im Vormonat notierte.

Die günstige Entwicklung von außen hat dazu beigetragen, daß auf der industriellen Erzeugerstufe praktisch schon seit längerem Preisstabilität herrscht. Für gewerbliche Erzeugnisse mußte im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 1996 sogar ein halbes Prozent weniger bezahlt werden als im Vorjahr, im dritten Quartal betrug die Preissenkung sogar 0,8 %. Dies ist nicht zuletzt auf den Wegfall des Kohlepennings zu Jahresbeginn 1996 zurückzuführen.

Diese alles in allem moderate Preisentwicklung der Einfuhr- und der Erzeugerpreise bewirkte bei den Großhandelspreisen einen Rückgang von 1,1 % im ersten Halbjahr 1996 und von 0,5 % im dritten Quartal 1996. Aber auch im Einzelhandel fiel die Preissteigerung günstig aus; hier lag die Teuerungsrate im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 1996 ebenso wie im dritten Quartal 1996 bei 0,8 %. Während sich aber die Groß- und Einzelhandelspreise auf Gesamtdeutschland beziehen, stehen die

⁴ Siehe Monatsberichte der Deutschen Bundesbank.

Tabelle 8

Entwicklung ausgewählter Preisindizes in Baden-Württemberg, im früheren Bundesgebiet und in Deutschland 1996
 Veränderung gegen Vorjahr in %

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft		Industrie	Handel		Wohnungs- bau	Lebens- haltung
	Einfuhr- preise	Ausfuhr- preise	Erzeu- ger- preise landwirt- schaft- licher Produkte	Einkaufs- preise landwirt- schaftlicher Betriebs- mittel	Erzeu- ger- preise gewerblicher Produkte	Groß- handels- verkaufs- preise	Einzel- handels- preise	Bauleistun- gen an neuen Wohn- gebäuden	aller privaten Haushalte
Januar	-1,0	+0,5	-3,6	+1,3	-0,1	-1,1	+0,7	-	+1,3
Februar	-0,8	+0,2	-6,6	+0,6	-0,3	-1,4	+0,8	-0,6	+1,2
März	+0,4	+0,6	-5,2	+1,1	-0,5	-1,1	+0,9	-	+1,2
April	+0,8	+0,6	-4,9	+1,6	-0,7	-1,1	+0,9	-	+1,2
Mai	+0,7	+0,5	-1,4	+2,6	-0,7	-1,0	+0,7	-1,5	+1,3
Juni	+0,2	+0,2	-1,2	+3,3	-1,0	-0,8	+0,6	-	+1,1
Juli	+0,5	-0,1	+0,9	+3,9	-0,9	-0,5	+0,7	-	+1,1
August	-0,3	-0,5	-1,0	+3,9	-0,9	-0,5	+0,8	-1,7	+1,2
September	+0,3	-0,5	-3,4	+4,0	-0,8	-0,7	+0,8	-	+1,2
Oktober	+1,6	-	-	-	-0,4	+0,9	+1,0	-	+1,3

Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte nur für das frühere Bundesgebiet zur Verfügung.

Das Baupreisniveau hat sich im Laufe des Jahres deutlich verringert. In Baden-Württemberg lagen die gesamtwirtschaftlichen Baupreise im August um 1,7 % unter dem Vorjahresstand.

Es ist nicht anzunehmen, daß sich der Preisauftrieb im Laufe des kommenden Jahres gravierend verstärkt. So prognostizieren die Forschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten⁵ einen Anstieg des Preisniveaus für den privaten Verbrauch von 1,5 % im Jahr 1997.

Geringe Reallohnverbesserungen

Bei der Einkommensentwicklung wirkte einerseits die moderate Tarifentwicklung dämpfend, zum anderen machten sich die steuerlichen Entlastungen bemerkbar, die zu Jahresbeginn in Kraft getreten waren. Die Bruttolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer stieg in der ersten Jahreshälfte 1996 im Bundesgebiet gegenüber dem Vorjahr um 2,8 %. Von diesen Bruttoverdiensten gingen aber im Durchschnitt geringere Lohnsteuerbeträge ab als in den Vorjahren. Bei den Nettolöhnen und -gehältern verblieb daher ein Einkommenszuwachs von 4,5 %. Damit beliefen sich im ersten Halbjahr 1996 die Nettolöhne und -gehälter wieder auf rund 66 % der ursprünglich erwirtschafteten Bruttolöhne und -gehälter, gegenüber nur 65 % im Jahr 1995. Für Baden-Württemberg stehen die Einkommensdaten nur bis 1994 zur Verfügung. Der Anstieg der Nettolöhne und -gehälter betrug 1994 lediglich 0,3 % und im gesamten Bundesgebiet 0,4 %. Im Durchschnitt der 80er Jahre betrug in Baden-Württemberg diese Lohn- und Gehaltssteigerungsrate 3,5 % und im Zeitraum 1990 bis 1995 nur noch 2,2 %.

Bei der bisherigen Betrachtung ist aber zu beachten, daß es sich um nominale Größen handelt und die Wirkungen der Geldentwertung unberücksichtigt bleiben. Deflationiert man die Einkommensgrößen mit dem Preisindex für die Lebens-

haltung aller privaten Haushalte, erhält man im Bundesgebiet für die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer im ersten Halbjahr 1996 eine Einkommenssteigerung um 2,7 %, nach Einbußen im Jahr 1995 von 1,1 % und 2,3 % im Jahr 1994. In Baden-Württemberg betrug der Einkommensrückgang im Jahr 1994 2,2 %. Nachdem sich für den Zeitraum 1990 bis 1994 eine jahresdurchschnittliche Einkommenseinbuße von 1,2 % ergab, lag das Niveau der realen Nettolöhne und -gehälter im Jahr 1994 sogar unter dem Wert des Jahres 1989.

Verfügbares Einkommen zuletzt merklich gestiegen

Bisher wurden nur die Einkommen der wirtschaftlich Aktiven betrachtet. Um auch der nicht im Wirtschaftsprozeß stehenden Bevölkerung (Rentner, Arbeitslose, Kinder, Kranke) den Lebensunterhalt zu sichern, führt der Staat Umverteilungsmaßnahmen durch, das heißt, er belastet zum einen die erwirtschafteten Einkommen mit Sozialabgaben und Steuern, erbringt andererseits aber vielfältige Leistungen aufgrund früher getätigter Sozialbeiträge (wie zum Beispiel Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld, Krankengeld) sowie andere Sozialleistungen ohne frühere Gegenleistungen wie Kindergeld, Ausbildungsbeihilfe, Wohngeld. Die Berücksichtigung sämtlicher Einkommensbestandteile führt zum verfügbaren Einkommen, das heißt, zu dem Einkommen, das letztlich die materielle Lage bestimmt. Das verfügbare Einkommen ist im ersten Halbjahr 1996 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nominal im Bundesdurchschnitt um 3,8 % gestiegen, real entsprach dies aber nur einer Einkommenszunahme um 2,1 %. Diese Rate könnte sich im zweiten Halbjahr durch die Erhöhung des Beitrags zur Pflegeversicherung etwas verringern. 1995 betrug die reale Einkommenszunahme im Bundesgebiet 1,8 % und 1994 rund 0,6 %. In Baden-Württemberg war die Steigerung 1994 nur halb so groß. Dagegen schrumpfte das verfügbare reale Einkommen je Einwohner 1994 in Baden-Württemberg um 0,2 %. Das reale verfügbare Einkommen lag damit mit einem Betrag von 26 550 DM im Jahr 1994 nur wenig über dem Wert des Jahres 1990, wobei die durchschnittliche Steigerungsrate im Zeitraum 1990 bis 1994 nur 0,3 % betrug.

Daten zur Einkommensentwicklung liegen für 1996 für Baden-Württemberg noch nicht vor. Erste Hinweise über die Entwicklung der Löhne und Gehälter im Land für 1996 gibt jedoch die Verdiensterhebung in Industrie und Handel. Als durchschnittli-

⁵ Siehe: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1996, in: DIW Wochenbericht 43-44/96.

cher nominaler Bruttostundenverdienst der vollzeitbeschäftigten Arbeiter in der Gesamtindustrie errechneten sich für Juli 1996 bei den Männern DM 28,23 und bei den Frauen DM 20,99. Das waren 3,8 % beziehungsweise 3,4 % mehr als im Vorjahr. Bei den Männern ist der Facharbeiteranteil wesentlich höher als bei den Frauen – einer der Gründe für die noch immer beträchtliche Differenz zwischen den durchschnittlichen Männer- und Frauenlöhnen. Hier ist aber auch zu berücksichtigen, daß Frauen in den Industrien mit relativ niedrigerem Lohnniveau überproportional vertreten sind. Als Bruttowochenverdienst erhielten die Männer im Juli 1996 im Durchschnitt DM 1 074 (+ 1,5 %), die Frauen DM 773 (+ 1,7 %).

Angesichts der steigenden hohen Arbeitslosigkeit war auch bei den Gehältern der Angestellten im ersten Halbjahr 1996 nur wenig Bewegung erkennbar. Die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter der vollzeitbeschäftigten Angestellten im Produzierenden Gewerbe, im Handel, bei Banken und Versicherungen lagen im Juli 1996 bei 5 787 DM. Das waren 1,7 % mehr als im Vorjahr.

Inwieweit die Lohnerhöhungen 1996 ausreichten, die Preissteigerungen auszugleichen, wird mit Hilfe des sogenannten Reallohnindex abgeschätzt; dem Quotienten aus dem Wochenverdienstindex und dem Preisindex für die Lebenshaltung. Danach ergibt sich im Juli 1996 eine Reallohnverbesserung um 0,5 %, im Vorjahr wurde ein Reallohnanstieg um 2,1 % verzeichnet. Dies stellt keinen Widerspruch zu den obigen Ergebnissen dar. Hier muß nämlich beachtet werden, daß sich diese Reallohnsteigerungen auf die Bruttolöhne beziehen und die durch die nominale Einkommenssteigerung bedingte höhere Steuer- und Sozialabgabenbelastung noch nicht berücksichtigt ist. Außerdem müssen zusätzliche Belastungen wie zum Beispiel der Solidaritätszuschlag und die zu leistenden Beiträge zur Pflegeversicherung mit berücksichtigt werden.

Zum gleichen Ergebnis kommt man über die in der Tarifrunde getätigten Lohnabschlüsse⁶. Besonders aussagekräftig ist hier die auf das gesamte Kalenderjahr bezogene Erhöhung der Tarifverdienste. Sie gibt die Steigerung der durchschnittlichen tariflichen Monatsgehälter des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr an. Für 1996 errechnet sich eine gesamtwirtschaftliche Zunahme der Tariflöhne und -gehälter gegenüber 1995 von (nominal) 2,2 %. Berücksichtigt man hier die Steigerungsraten, sind nach diesem Ergebnis für 1996 geringe Reallohnverbesserungen zu erwarten. Am ehesten könnte im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe (+ 2,8 %), im Investitionsgütergewerbe mit einer nominalen Rate von 2,7 % und bei den privaten Dienstleistungen und Organisationen ohne Erwerbszweck (+ 2,6 %) eine Reallohnverbesserung erwartet werden.

Einzelhandel: Keine Erholung

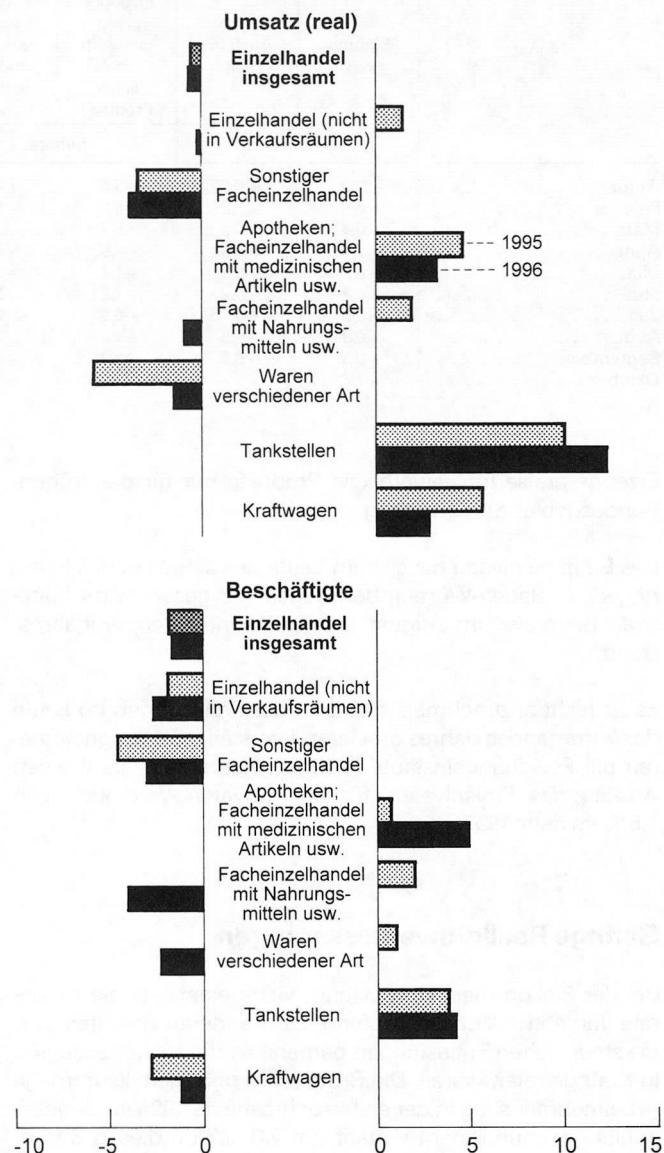
Die Hoffnungen auf eine positive Entwicklung im Einzelhandel wurden 1996 enttäuscht. Dabei ließen die steuerlichen Entlastungen von Beziehern niedrigerer Einkommen durch das Jahressteuergesetz 1996 einen Konsumschub erwarten, nachdem sich – wie aus aktuellen korrigierten Berechnungen hervorgeht – das Umsatzminus im baden-württembergischen Einzelhandel 1995 deutlich abgeschwächt hatte. Offensichtlich

⁶ Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv: Tarifrunde 1996 – Eine Halbjahresbilanz, in: WSI Mitteilungen 7/1996.

Schaubild 13

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel Baden-Württembergs 1995 und 1996*)

Veränderung gegen Vorjahr in %



*) Jeweils Januar bis September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

544 96

wurde der steuerliche Entlastungseffekt durch die Folgen der schwachen konjunkturellen Entwicklung überkompensiert: Die höhere Arbeitslosigkeit, mäßige Lohnerhöhungen und zusätzliche Belastungen durch höhere Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung sowie verschiedene Gebührenerhöhungen (wie Abfall, Wasser, Abwasser) dämpften die Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Von Januar bis September 1996 tendierten sowohl der Umsatz als auch die Beschäftigung schwächer als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die realen Umsatzeinbußen waren 1996 mit gut 0,5 % sogar geringfügig stärker als im vergleichbaren Zeitraum 1995. Die nominalen Einzelhandelsumsätze nahmen wie ein Jahr zuvor um schwache 0,2 % zu. Auch

der Stellenabbau war in den ersten neun Monaten des Jahres 1996 mit mehr als 1,5 % etwa genauso stark ausgeprägt wie ein Jahr zuvor. Dabei hielt der bereits seit längerem zu beobachtende Trend zu mehr Teilzeitbeschäftigung an: Während sich nämlich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 3,5 % verringerte, stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um rund 0,5 %.

Innerhalb der einzelnen Branchen des Einzelhandels haben sich die realen Umsätze in den ersten neun Monaten des abgelaufenen Jahres sehr uneinheitlich entwickelt. So verzeichneten der Kraftfahrzeugeinzelhandel und die Tankstellen im Vergleich zum Vorjahr ein reales Umsatzplus von fast 2,5 %, während im Einzelhandel im engeren Sinne – also ohne den vorgenannten Bereich – die realen Umsätze um 1,5 % zurückgingen. Am stärksten waren dort die realen Umsatzeinbußen mit knapp 4 % im sonstigen Facheinzelhandel, zu dem beispielsweise Textil- und Bekleidungsgeschäfte, Einrichtungshäuser, Baumärkte und der Elektrofachhandel gehören. Der prozentual zweitstärkste reale Umsatzrückgang betraf den umsatzbedeutenden Einzelhandel mit Waren verschiedener Art – also beispielsweise Supermärkte und Kaufhäuser (– 1,5 %). Ein reales Umsatzplus von rund 3,5 % erzielten dagegen die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln.

Im Vergleich zur Entwicklung im Jahr 1995 hat sich die Lage im Einzelhandel von Januar bis September 1996 in fast allen Branchen verschlechtert. Besonders extrem war diese Tendenz im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren sowie im nicht in Ladengeschäften abgewickelten Einzelhandel ausgeprägt, wo die realen Umsätze nach einem Umsatzplus 1995 in den ersten neun Monaten des Jahres 1996 nicht mehr das entsprechende Vorjahresniveau erreichten. Lediglich die Tankstellen legten 1996 bei den realen Umsätzen stärker zu, und im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art fiel der reale Umsatzrückgang deutlich niedriger aus als ein Jahr zuvor. Trotzdem wurde im Bereich der Warenhäuser verstärkt rationalisiert. Während sich die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art 1995 noch um 1 % erhöhte, ging sie 1996 um fast 2,5 % zurück. Lediglich die Tankstellen und die Apotheken einschließlich des medizinischen und kosmetischen Facheinzelhandels erhöhten 1996 ihren Personalbestand. Allerdings handelte es sich hierbei fast ausschließlich um zusätzliche Teilzeitarbeitsplätze.

Die Situation des Einzelhandels dürfte sich wegen der zu erwartenden schleppenden Entwicklung des privaten Verbrauchs im Jahr 1997 kaum verbessern. Das verfügbare Einkommen der Haushalte wird trotz der Senkung der Krankenversicherungsbeiträge durch die Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge sowie geringer Lohnzuwächse voraussichtlich weniger stark steigen als 1996. Angesichts des anhaltenden Stellenabbaus und des hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit sind die Rahmenbedingungen für einen Expansionskurs des Einzelhandels ungünstig.

1996: Ein Jahr der Rekorde im Ackerbau

Die Wintersaaten konnten im vergangenen Herbst teilweise nur unter erschwerten Bedingungen ausgebracht werden. Kahlfröste, die gebietsweise zu geringe Winterfeuchtigkeit und die lang anhaltende Frühjahrskälte zeichneten dann für die zögernde Entwicklung der Kulturen verantwortlich. Die Auswinterungsverluste erreichten insbesondere bei Winterraps mit

13,9 % eine negative Rekordmarke, so daß rund 6 600 Hektar (ha) neu zu bestellen waren.

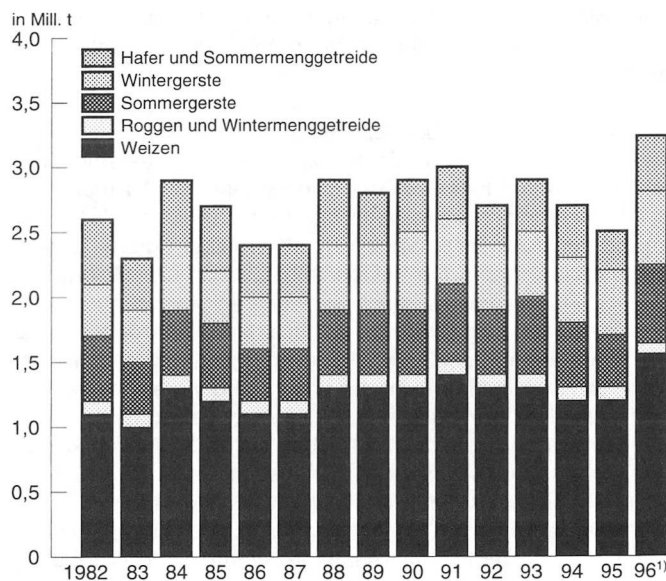
Auch die Sommerfrüchte konnten in den höheren Regionen vielfach erst verspätet ausgesät werden. Der Vegetationsrückstand wurde dann aber durch die außergewöhnlich wachstumsfördernden Witterungsabschnitte im Mai/Juni wieder mehr als ausgeglichen, die Kornentwicklung und -reife durch das warme Sommerwetter erheblich gefördert. Wassermangel gab es infolge ausreichender Niederschläge nicht. Starke Regenfälle und Hagelschlag, die besonders in der zweiten Julihälfte vermehrt auftraten, führten gebietsweise zu Lagergetreide und damit zu Erschwernissen bei der Mähdruschernte.

Unter diesen Voraussetzungen konnte bei Getreide (ohne Körnermais) eine Gesamterntemenge von 32,32 Mill. Dezitonnen (dt) erzielt und damit die seitherige Rekordmarke von 29,47 Mill. dt aus dem Jahre 1991 deutlich übertroffen werden. Dies ist zum einen das Ergebnis einer durch die geänderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen (nochmalige Kürzung der obligatorischen Stilllegungsquote von 12 auf 10 %) erneut um rund 8 300 ha auf über 500 000 ha ausgedehnten Getreideanbaufläche, zum anderen konnten bei den Flächenleistungen nahezu aller Getreidearten neue Rekordmarken erreicht werden – allen voran Hafer und Sommergerste, die mit 59,3 bzw. 56,6 dt/ha das langjährige Mittel 1990/95 um jeweils über ein Fünftel übertrafen. Die Ernte der Brotgetreidearten (Weizen und Roggen) beziffert sich auf insgesamt 16,31 Mill. dt, die Ernte der Futter- und Industriegetreidearten (Gerste und Hafer) auf 16,00 Mill. dt. Die Gesamttrapsenernte liegt infolge niedrigerer Flächenerträge (– 8 %) und einer Anbaueinschränkung um rund 3 300 ha gut 14 % unter dem Vorjahresergebnis.

Auch bei den Hackfrüchten wurden in diesem Jahr überdurchschnittliche Erträge realisiert. Von der Gesamtkartoffelernte von 3,9 Mill. dt (unter Einschluß der Kleinerzeuger 5,0 Mill. dt)

Schaubild 14

Getreideernte (ohne Körnermais) in Baden-Württemberg seit 1982



1) Vorläufig.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

543 96

sind neun Zehntel für Speisezwecke geeignet. Unter dem Qualitätsaspekt zeichnet sich die diesjährige Ernte durch großfallende, aber gleichzeitig qualitativ gute Ware aus. Die trockene Witterung in der Phase des Knollenansatzes hatte ein verstärktes Wurzelwachstum zur Folge und schuf damit günstige Voraussetzungen für die weitere Knollenentwicklung, die durch den eher kühlen Sommer bei ausreichenden Niederschlägen und der damit einhergehenden langen Vegetationsdauer noch begünstigt wurde.

Die Wachstumsbedingungen für die Früh- und Herbstgemüsearten erlaubten im allgemeinen zufriedenstellende Hektarerträge. Gleiches gilt grundsätzlich auch für die Spätgemüsearten, obwohl die Flächenleistungen bei den Dauerformen von Wirsing, Rot- und Weißkohl deutlich hinter dem langjährigen Mittel 1990/95 zurückblieben.

Die Hoffnungen bei Äpfeln waren heuer aufgrund der Alternanz, das heißt dem biologischen Wechsel zwischen großen und kleinen Erntemengen, auf eine große Ernte ausgerichtet. Leider wurden die Aussichten jedoch durch die feuchtkalte Witterung im Mai und Juni, die sich negativ auf Blüteverlauf und Fruchtansatz ausgewirkt hat, nachhaltig beeinträchtigt.

Die Gesamtapfelernte beläuft sich auf rund 9,8 Mill. dt; das ist zwar nahezu das Doppelte wie im Vorjahr, aber nur gut 3 % mehr als im langjährigen Mittel 1990/95. Besonders hohe Ertragszuwächse sind aus dem Streu- und Gartenobstbau zu vermelden: Mit 5,3 Mill. dt an Wirtschaftsäpfeln, das entspricht in etwa dem 2,2fachen der Vorjahresernte, dürfte für eine ausreichende Versorgung der heimischen Saft- und Mostverarbeitungsbetriebe gesorgt sein. Aber auch in den auf Verkaufsprüfung von Tafeläpfeln ausgerichteten Obstplantagen und Intensivanlagen im Marktobstbau konnte das Vorjahresergebnis mit 2,7 bis 2,8 Mill. dt um mehr als die Hälfte übertroffen werden. Beim Steinobst wurde ein etwas besseres Ergebnis als im letzten Jahr realisiert, insbesondere bei Kirschen beeinträchtigte die naßkalte Witterung jedoch Blüteverlauf und Befruchtung und verhinderte somit höhere Erträge.

Die Erwartungen an die Erdbeerernte waren zwar durch die Frostperiode im Frühjahr gedämpft worden, doch konnten sich die Pflanzen ab Anfang Mai wieder erholen und den Vegetationsrückstand wettmachen, so daß letztendlich eine durchschnittliche Ernte erzielt werden konnte. Beim Strauchbeerenobst wurden die Vorjahresergebnisse leicht übertroffen.

Die Winterkälte hatte bei den Reben dagegen keine nennenswerten Frostschäden zur Folge. Die Blüte setzte fast überall in der zweiten Junihälfte ein und zog sich infolge der mancherorts kühlen und regnerischen Witterung teilweise in die Länge. Verrieselungsschäden waren im allgemeinen kaum zu verzeichnen und traten nur bei Riesling, Gutedel und Gewürztraminer etwas stärker auf. Auch die weitere Entwicklung der Reben verzögerte sich durch die wechselhafte Witterung, so daß die Beerenreife in den meisten Weinbergen erst Ende August einsetzte. Dennoch erreicht der neue Jahrgang eine erfreulich hohe Qualität: gut 35 % der Moste sind aufgrund der Ausgangsmostgewichte für den Ausbau als Prädikatsweine, weitere 64 % für Qualitätsweine b.A. geeignet. Im Durchschnitt aller Rebsorten wurden im Anbaugebiet Württemberg 92 Hektoliter je Hektar (hl/ha), im Anbaugebiet Baden knapp 76 hl/ha erzielt. Die gesamte Weinmosternte wurde Ende Oktober in Baden auf 1,2 Mill. hl, in Württemberg auf 1,0 Mill. hl, im ganzen somit auf 2,2 Mill. hl veranschlagt, wobei 1,3 Mill. hl auf Weißmost und knapp 950 000 hl auf Rotmost entfallen.

Verkaufserlöse im Wirtschaftsjahr 1995/96 etwas niedriger als im Vorjahr

Während die Erlöse aus dem Verkauf von Schlachtschweinen gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres nahezu unverändert blieben, waren bei Schlachtrindern (einschließlich Kälber) deutliche Einbußen bei den Verkaufserlösen zu verzeichnen. Beim Ackerbau konnten die Verkaufserlöse insbesondere bei Kartoffeln kräftig gesteigert werden, aber auch bei Zuckerrüben und Getreide war die Erlössituation günstiger als im Vorjahr. Die Verkaufserlöse im Obst- und Gartenbau blieben auf Vorjahresniveau, während die Weingärtner und Winzer Einbußen von über einem Fünftel aus dem Verkauf von Keltertrauben zu beklagen hatten.

Tabelle 9

Bruttoproduktion der Landwirtschaft in Baden-Württemberg im Wirtschaftsjahr 1995/96

Erzeugnis	t GE
Getreide	3 132 350
Hülsenfrüchte	18 385
Hackfrüchte	707 973
Handelsgewächse	404 784
Gemüse	263 837
Obst	879 625
Weinmost	251 446
Baumschulerzeugnisse	37 557
Sonstige pflanzliche Erzeugnisse	3 652 082
Pflanzliche Erzeugnisse zusammen	9 348 039
Rinder einschließlich Kälber	2 324 973
Schweine	1 178 496
Milch	2 099 087
Sonstige tierische Erzeugnisse	382 012
Tierische Erzeugnisse zusammen	5 984 568
Insgesamt	15 332 607

Neben der Menge bestimmt der Preis die Höhe der Verkaufserlöse. Bei der tierischen Produktion waren die Erzeugerpreise im Wirtschaftsjahr 1995/96 gegenüber dem Vorjahr bei Schlachtrindern um 10 %, bei Schlachtkälbern um 8 % niedriger. Dagegen konnten die Schweinemäster um 5 % höhere Preise am Markt realisieren. Unter den pflanzlichen Erzeugnissen waren infolge der kleinen Ernten mit + 68 % bei Kartoffeln und + 74 % bei Obst große Preissprünge zu verzeichnen. Bei Ölfrüchten (- 9 %) und Brotgetreide (- 8 %) mußten sich die Landwirte mit niedrigeren Preisen als im Vorjahr begnügen. Bei Braugerste, die allerdings häufig im Vertragsanbau erzeugt wird, lagen die Erzeugerpreise dagegen um 15 % über dem Vorjahresniveau.

Insgesamt wurden aus dem Verkauf pflanzlicher Erzeugnisse 3,6 % weniger als 1994/95 und aus dem Verkauf von Produkten der Viehwirtschaft um 0,7 % mehr als 1994/95 Erlöst. Der Gesamtwert der Nahrungsmittelproduktion 1995/96 blieb mit 7,74 Mrd. DM um 2,0 % unter dem Vorjahreswert.

Umwelt

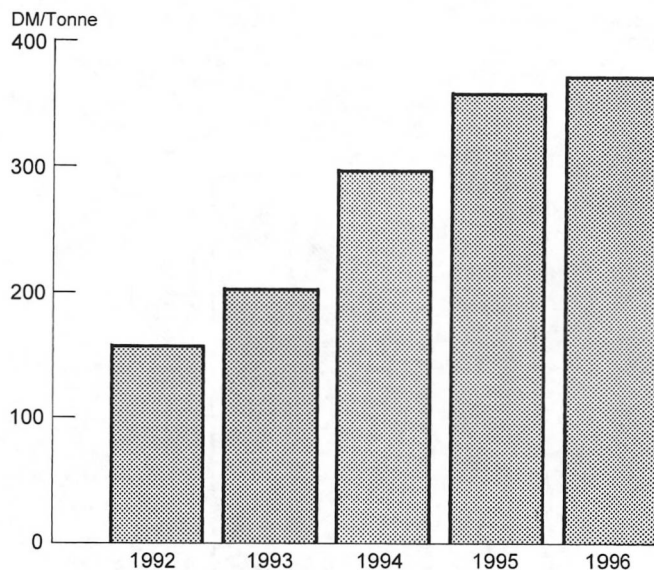
Zur Förderung einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Wirtschaftsweise wurden im Jahr 1996 eine Reihe umweltpolitischer Maßnahmen vorangebracht. Seit 7. Oktober des zurückliegenden Jahres gilt das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz. Gleichzeitig traten zum Vollzug dieses Gesetzes ein System ineinander greifender Verordnungen sowie das neue Landesabfallgesetz in Kraft. Diese Regelungen zielen ins-

besondere auf die Entwicklung hin zu einer abfallarmen Kreislaufwirtschaft. Vor allem die Abfallvermeidung soll über anlageninterne Kreislaufführung, durch abfallarme Produktgestaltung und durch entsprechendes Konsumverhalten vorangebracht werden. Dazu erlaubt das Gesetz neue Verpflichtungen für die Abfallverursacher: Produzenten, Handel und Verbraucher. Konkrete Vorgaben in diese Richtung sind die bereits praktizierte Verpackungsverordnung sowie weitere Verpflichtungen für Produzenten zur Rücknahme gebrauchter Produkte. Die öffentlichen Entsorger werden im Landesabfallgesetz zur getrennten Erfassung von verwertbaren Bio- und Grünabfällen verpflichtet und angehalten, mit mengenbezogenen Tarifen auf die verstärkte Vermeidung, Verwertung bzw. Trennung von Abfällen hinzuwirken.

Bereits im Vorgriff auf die jetzt in Kraft getretenen neuen gesetzlichen Regelungen sind in den letzten Jahren massive Veränderungen in der öffentlichen und gewerblichen Abfallwirtschaft eingetreten. Der öffentliche und politische Druck zur verstärkten Vermeidung und Verwertung von Abfällen in Verbindung mit erhöhten technischen Anforderungen an die Abfallbeseitigung haben zu einer empfindlichen Erhöhung der Entsorgungskosten geführt. So sind beispielsweise die Gebühren für außerhalb der öffentlichen Müllabfuhr selbst angelieferte haushüllähnliche Gewerbeabfälle in den letzten fünf Jahren im Landesdurchschnitt um mehr als das Doppelte auf 372 DM/Tonne angestiegen, bei einer Streuung in den Kreisen zwischen 110 und 861 DM. Die allgemein beträchtlich angestiegenen Entsorgungskosten haben ihrerseits vor allem bei Gewerbebetrieben umfangreiche Anstrengungen zur Vermeidung und Verwertung ausgelöst. So ist ein privater Entsorgungsmarkt von beachtlichem Ausmaß entstanden, der in zunehmendem Umfang vor allem die Entsorgung gewerblicher Abfälle übernimmt und damit beträchtliche Mengen aus dem Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Abfallentsorger herauslöst.

Schaubild 15

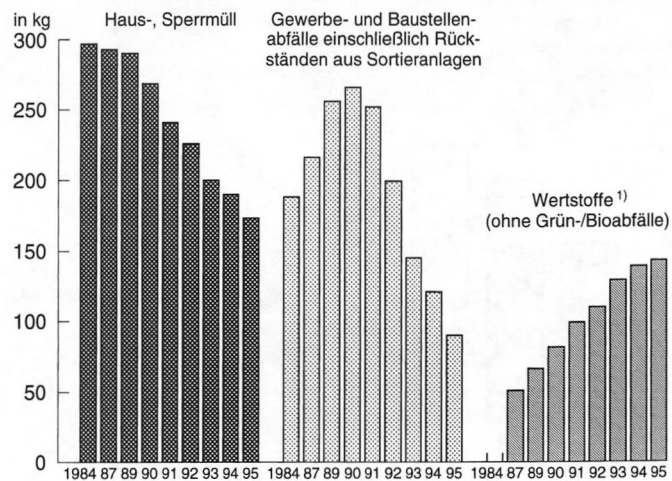
Durchschnittliche Gebühr für haushüllähnliche Gewerbeabfälle in Baden-Württemberg seit 1992



Quelle: Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach (Hrsg.): Abfallgebühren Baden-Württemberg, Ergebnisse der Umfrage 1996, Lörrach 1996.

Schaubild 16

Abfall- und Wertstoffaufkommen (pro Kopf) in Baden-Württemberg 1984 bis 1995¹⁾



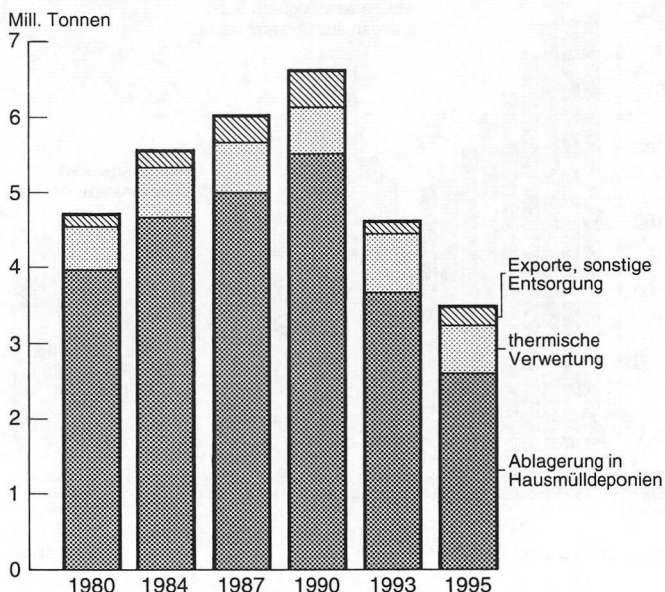
¹⁾ 1984 und 1987 Daten der Erhebung über die öffentliche Abfallentsorgung der amtlichen Statistik, 1989 Probelauf der Abfallbilanz, ab 1990 Daten der Abfallbilanz. - 1) 1984 nicht erfaßt.

Durch diese Entwicklung ist das Siedlungsabfallaufkommen, das heißt die Menge aller Abfälle, die den entsorgungspflichtigen Stadt- und Landkreisen zur Beseitigung oder Verwertung angedient wurde, seit 1990 um fast 40 % geschrumpft. Außerdem wurde im gleichen Zeitraum die getrennte Erfassung von Abfällen zur stofflichen oder biologischen Verwertung nahezu verdoppelt. Die zu beseitigende Menge an Siedlungsabfällen im engeren Sinn, das sind die Restabfälle aus häuslichen Abfällen und haushüllähnlichen Gewerbeabfällen, die im wesentlichen den aktuellen Planungen von öffentlichen Hausmüllentsorgungsanlagen zugrunde zu legen sind, ist sogar um fast die Hälfte von 5,33 Mill. Tonnen auf 2,83 Mill. Tonnen zurückgegangen. Nach Meldungen einzelner Kreise ist im Jahr 1996 durch die Verlagerung der Entsorgung von Gewerbeabfällen in andere Bundesländer und weitere Verwertungsanstrengungen ein nochmaliger Rückgang abzusehen. Diese anhaltende rasante Verminderung der zu entsorgenden Mengen erschwert Planung und Organisation der öffentlichen Abfallentsorgung beträchtlich. Andererseits verlangt die Technische Anleitung Siedlungsabfälle, daß spätestens ab dem Jahr 2005 alle organischen Abfälle vor der Deponierung einer Vorbehandlung unterzogen werden. Ein Blick auf die gegenwärtige Beseitigungsstruktur der organischen Restabfälle im Land macht deutlich, daß trotz der schon im Bau befindlichen Neubzw. Erweiterungsanlagen noch zusätzliche Behandlungskapazitäten erforderlich sind, um die gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Andererseits stehen die entsorgungspflichtigen Körperschaften zunehmend unter dem Zwang einer Begrenzung der Entsorgungsgebühren, die wiederum nur gelingen kann, wenn die Fixkosten der Abfallentsorgung nicht durch Überkapazitäten erhöht werden. Dies wird mittelfristig nur gelingen, wenn die Abfallbehandlung und -beseitigung durch Kooperationen zwischen den entsorgungspflichtigen Körperschaften optimiert wird. Dennoch muß wohl davon ausgegangen werden, daß die Dienstleistung einer umweltgerechten und möglichst ressourcenschonenden Abfallentsorgung auch weiter mit erheblichen Kosten und damit einem Preis verbunden ist, der die Knappheit der Entsorgungsdienstleistung ausdrückt.

Schaubild 17

Beseitigung von Siedlungsabfällen in Baden-Württemberg 1980 bis 1995

Restabfälle aus häuslichen und gewerblichen Abfällen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

548 96

Dies gilt in entsprechender Weise auch für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. So sind die Trink- und Abwasserpreise 1996 weiter angestiegen und lagen im Landesdurchschnitt bei 6,37 DM pro m³. Allerdings ist, wie auch bei den Abfallgebühren, die jüngste Preissteigerung deutlich moderater ausgefallen als zwischen 1992 und 1994. Die Gründe für den anhaltenden Aufwärtstrend der Trink- und Abwasserpreise sind in hohen Ansprüchen an die Trinkwasserqualität und an eine umweltgerechte Abwasserentsorgung sowie neuerdings auch im rückläufigen Wasserverbrauch, der zu höheren spezifischen Fixkosten führt, zu sehen. Die tatsächliche Kostenbelastung der Haushalte für Wasser und Abwasser hängt jedoch nicht allein vom spezifischen Preis, sondern auch von der jeweiligen Verbrauchsmenge ab. So betrug die Wasser- und Abwasserrechnung für einen 4-Personen-Haushalt im Jahr 1995 im Durchschnitt 997 DM. Zwar ist auch hier eine Steigerung gegenüber 1993 um 13 % zu verzeichnen, die Erhöhung der Wasserrechnung fällt allerdings spürbar geringer aus als die Erhöhung der spezifischen Verbrauchsgebühren, da seit Anfang der 90er Jahre beachtliche Wasserspar-erfolge erzielt wurden. Die Haushalte haben maßgeblich dazu

Tabelle 10

Trinkwasser- und Abwassergebühren in Baden-Württemberg seit 1979

Jahr	Trinkwasser- und Abwassergebühren zusammen	Trinkwassergebühr	Abwassergebühr
1979	2,35	1,25	1,10
1984	3,24	1,62	1,62
1987	3,54	1,73	1,81
1988	3,77	1,90	1,87
1991	4,29	2,09	2,20
1992	4,60	2,19	2,41
1993	5,17	2,43	2,74
1994	5,68	2,60	3,08
1995	6,08	2,75	3,33
1996	6,37	2,83	3,54

Tabelle 11

Öffentliche Wassergewinnung in Baden-Württemberg 1979 bis 1995

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Wasserart		
		Grundwasser ¹⁾	Quellwasser	Oberflächenwasser ²⁾
1 000 m ³				
1979	749	406	183	160
1981 ³⁾	742	405	181	157
1983	755	417	179	160
1985	744	403	175	166
1987	729	393	176	160
1989	738	400	165	173
1991	759	406	162	191
1993	723	385	157	181
1995	706	369	164	174

¹⁾ Einschließlich Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser in Reinwasserqualität. – ²⁾ Einschließlich Uferfiltrat und angereichertes Grundwasser in Rohwasserqualität. – ³⁾ Ergebnisse einer Zusatzhebung im Jahr 1983.

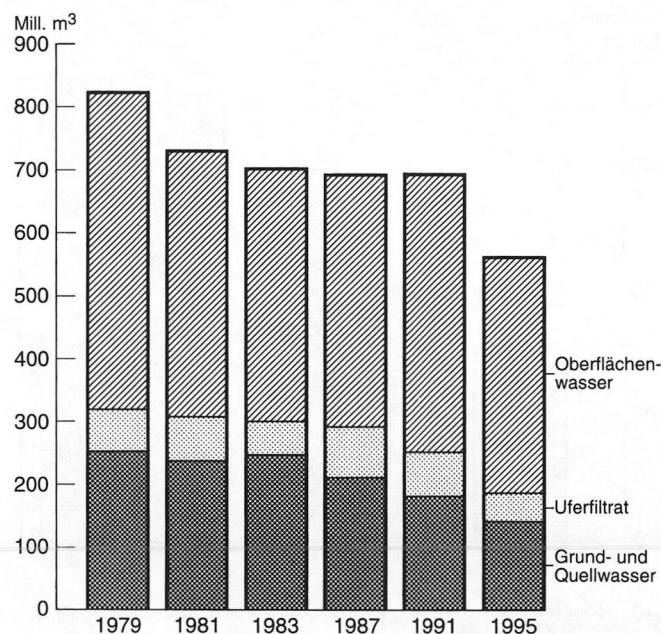
beigetragen, daß trotz anhaltendem Bevölkerungszuwachs die für die öffentliche Wasserversorgung gewonnene Wassermenge 1995 gegenüber 1991 um 7 % zurückgegangen ist. Ein Grund dafür ist sicher im preiselastischen Verhalten der Verbraucher zu sehen.

Auch die Industrie hat die eigene Wassergewinnung seit 1991 massiv eingeschränkt. Der Rückgang der Entnahme von Grund- und Oberflächenwasser beträgt immerhin fast 20 %. Ursachen dürften hier neben den Umweltschutzauflagen insbesondere auch die nach 1991 erfolgten Produktionsumstellungen in wasserintensiven Branchen sein.

Auf die zusätzliche Wirkung finanzieller Anreize neben ordnungsrechtlichen Vorgaben zur Reduzierung von Umweltbelastungen setzt auch die beabsichtigte Novellierung der Kraft-

Schaubild 18

Wassergewinnung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1979 bis 1995



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

549 96

Tabelle 12

Zusammensetzung der Pkw-Flotte in Baden-Württemberg seit 1985 nach Schadstoffgruppen

Jahr ¹⁾	Pkw insgesamt			Pkw mit Schadstoffreduzierung	Davon		Schadstoffarm nach Europa-Norm ⁴⁾	Bedingt schadstoffarm ⁵⁾	Pkw ohne Schadstoffreduzierung
	1 000	Index (1985 = 100)	Anteil von insgesamt in %		schadstoffarm nach US-Norm ²⁾	schadstoffarm nach EU-Richtlinien E1 und E2 ³⁾			
				1	2	3	4	5	6
Insgesamt									
1985	4 073,2	100	100	-	-	-	-	-	100
1986	4 262,7	104,7	100	1,6	100	-	3,0	1,5	93,9
1987	4 443,4	109,1	100	4,5	100	-	6,8	9,7	79,0
1988	4 610,6	113,2	100	7,8	100	-	10,0	12,1	70,1
1989	4 751,6	116,7	100	12,0	100	-	11,9	12,9	63,2
1990	4 919,2	120,8	100	19,0	100	-	13,3	13,4	54,3
1991	5 034,8	123,6	100	27,5	100	-	15,3	12,3	44,9
1992	5 157,9	126,6	100	34,5	100	-	16,5	11,2	37,8
1993	5 257,1	129,1	100	41,2	84,8	15,2	16,1	10,4	32,3
1994	5 322,4	130,7	100	47,3	71,1	28,9	15,4	9,7	27,6
1995	5 393,4	132,4	100	53,3	60,9	39,1	14,6	8,9	23,2
1996	5 466,6	134,2	100	59,7	52,2	47,8	13,6	8,1	18,6
Ottomotor									
1985	3 680,9	100	90,4	-	-	-	-	-	100
1986	3 756,2	102,0	88,1	0,9	100	-	0,2	1,5	97,4
1987	3 844,2	104,4	86,5	3,3	100	-	2,2	5,2	89,3
1988	3 948,7	107,3	85,6	6,7	100	-	4,9	8,3	80,1
1989	4 069,5	110,6	85,6	11,4	100	-	6,9	9,7	72,1
1990	4 216,8	114,6	85,7	19,3	100	-	8,3	10,7	61,7
1991	4 308,3	117,0	85,6	28,6	100	-	10,6	9,9	50,9
1992	4 387,8	119,2	85,1	36,0	100	-	12,2	9,1	42,7
1993	4 455,0	121,0	84,7	42,7	85,5	14,5	12,2	8,6	36,5
1994	4 488,9	122,0	84,3	48,7	72,8	27,2	11,8	8,3	31,2
1995	4 535,1	123,2	84,1	54,7	62,8	37,2	11,3	7,9	26,2
1996	4 594,4	124,8	84,0	61,2	54,1	45,9	10,6	7,4	20,9
Dieselmotor									
1985	392,3	100	9,6	-	-	-	-	-	100
1986	504,1	128,5	11,8	6,9	100	-	24,2	1,0	67,9
1987	599,2	152,7	13,5	12,3	100	-	36,2	38,9	12,6
1988	661,9	168,7	14,4	14,3	100	-	40,4	34,7	10,7
1989	682,1	173,9	14,4	15,7	100	-	41,9	32,3	10,1
1990	702,4	179,0	14,3	17,4	100	-	43,2	29,9	9,4
1991	726,5	185,2	14,4	20,7	100	-	43,0	26,6	9,7
1992	770,1	196,3	14,9	26,3	100	-	40,7	23,1	9,9
1993	802,1	204,5	15,3	32,6	80,1	19,9	37,9	20,2	9,3
1994	833,5	212,5	15,7	39,7	60,1	39,9	34,7	17,3	8,2
1995	858,3	218,8	15,9	45,9	48,8	51,2	32,1	14,6	7,5
1996	872,2	222,3	16,0	52,1	40,2	59,8	29,5	11,9	6,4

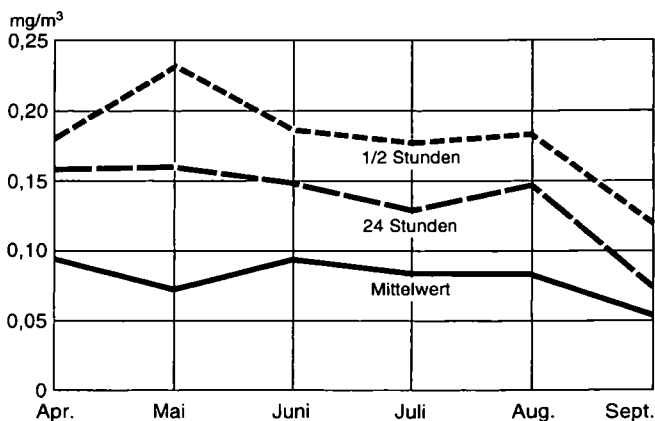
¹⁾ Stand jeweils am 1. Juli. - ²⁾ US-Norm (XXIII). - ³⁾ Einschließlich EWG-Ausnahmen, Riil 93/95/EWG und ab 1996 Euro II-Norm. - ⁴⁾ Europa-Norm (XXV). - ⁵⁾ Bedingt schadstoffarm (XXIV); Stufe A, B, C.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

fahrzeugsteuer. Der Straßenverkehr ist trotz zuletzt zurückgehender Emissionen nach wie vor der Hauptverursacher der Luftbelastung durch eine Reihe von Schadstoffkomponenten. Dies gilt für Stickoxide und Kohlenwasserstoffe, die als wichtigste Vorläufersubstanzen zur Entstehung von Sommersmog (Ozon) gelten, und auch für die krebserzeugenden Komponenten Benzol und Staubpartikel. Die Ozonkonzentrationen haben auch im Jahr 1996 trotz eines vergleichsweise sonnenscheinarmen Sommers ein Niveau erreicht, das die weitere Reduzierung der Emissionen an Stickoxiden und Kohlenwasserstoffen verlangt. Aktuelle Messungen der Benzol- und Staubkonzentrationen haben gezeigt, daß die nach der vorbereiteten 23. Bundesimmissionsschutzverordnung maximal zulässigen Konzentrationen zumindest in Teilgebieten nur durch die weitere Reduzierung der entsprechenden Emissionen eingehalten werden können. Hauptansatzpunkt zur Einschränkung der straßenverkehrsbedingten Emissionen ist neben der Verbesserung der Kraftstoffqualitäten insbesondere die Umschichtung des Fahrzeugbestandes auf emissionsärmere Fahrzeuge. Dies ist umso dringlicher, als weiter steigende Fahrleistungen

Schaubild 19

Ozonwerte der Meßstelle Welzheimer Wald von April bis September 1996



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

545 96

im Straßenverkehr zu erwarten sind. Deshalb werden nach der Novelle der Kraftfahrzeugsteuer, die zum 1. April 1997 in Kraft treten soll, Fahrzeuge ohne geregelten Katalysator spürbar stärker und Fahrzeuge, die bereits die schärferen Grenzwerte der neuen EURO-2- bzw. EURO-3- und EURO-4-Richtlinien erfüllen, deutlich geringer besteuert. Mitte des Jahres 1996 waren in Baden-Württemberg noch 38,9 % der Pkw mit Otto-Motor ohne geregelten Katalysator, und bei dieselbetriebenen Personenkraftwagen genühten immerhin fast 48 % nicht den Anforderungen der seit 1993 für Neuwagen geforderten EURO-1-Norm. Insgesamt waren demnach 1996 noch 40,3 % der zugelassenen Pkw ohne geregelten Katalysator bzw. mit nicht schadstoffarmen Dieselmotoren ausgestattet. Bei derzeit praktiziertem Nutzungsverhalten der Pkw-Halter wird es noch bis nach 2005 dauern, ehe diese sogenannten Alt-Pkw bis auf vernachlässigbare Restbestände durch schadstoffarme Pkw ersetzt sind.

Wirtschaftliche Perspektiven 1997

Mit Blick auf 1997 bleibt festzuhalten, daß die Wirtschaft Baden-Württembergs in den Sommermonaten zu einem moderaten Wachstumskurs zurückgekehrt ist, nachdem sich Anfang des Jahres 1996 noch ein konjunktureller Einbruch zu festigen schien. Erste Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts auf der Basis des ersten Halbjahres 1996 ergaben somit lediglich eine Wachstumsrate von 0,9 % für Baden-Württemberg und von 0,7 % für das frühere Bundesgebiet, nach 1,3 % bzw. 1,6 % im Vorjahr. Ob sich die konjunkturelle Besserung fortsetzt, bleibt jedoch abzuwarten. Getragen wurden die erneuten Aufwärtstendenzen von einer kräftigen Ausweitung der Auslandsnachfrage. So hat sich die konjunkturelle Lage in nahezu allen anderen Industrieländern gebessert, was nicht zuletzt zu einer verstärkten Investitionsgüternachfrage führte. Folglich hat nach der Normalisierung der Wechselkursrelationen die Ausfuhr im Laufe des Jahres deutlich an Fahrt gewon-

Tabelle 13
Reales Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in den Industrieländern 1996 und 1997
Veränderung gegen Vorjahr¹⁾ in %

Land	Bruttoinlandsprodukt		Verbraucherpreise	
	1996	1997	1996	1997
Deutschland	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,5
Westdeutschland	+ 1,5	+ 2,5	+ 1,5	+ 1,5
Ostdeutschland	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,5
Frankreich	+ 1,25	+ 2,25	+ 2,0	+ 1,75
Italien	+ 0,5	+ 1,5	+ 4,0	+ 3,25
Großbritannien	+ 2,0	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,25
Spanien	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,0
Niederlande	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,0
Schweiz	-	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,0
Belgien	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0
Schweden	+ 1,5	+ 2,5	+ 0,5	+ 2,0
Österreich	+ 1,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Dänemark	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,0	+ 2,0
Norwegen	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,5	+ 2,0
Finnland	+ 2,0	+ 3,0	+ 1,0	+ 1,5
Westeuropa ¹⁾	+ 1,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2
USA	+ 2,5	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,0
Japan	+ 3,8	+ 2,3	-	+ 1,5
Kanada	+ 1,5	+ 3,0	+ 1,5	+ 2,0
Aufgeführte Länder insgesamt	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,3

¹⁾ Prognosen der Forschungsinstitute. - ¹⁾ Summe der aufgeführten Länder.

Quelle: Herbstgutachten 1996 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Tabelle 14
Wirtschaftsprognosen und Ist-Ergebnisse für Deutschland 1996 und 1997

Merkmal	Bundesrepublik Deutschland		
	1996	1996	1997
	Ist-Ergebnisse 1. Halbjahr	Prognosen im Herbstgutachten	
	Mill.		
Arbeitslose ¹⁾	3,9	3,945	4,0
	%		
Arbeitslosenquote ¹⁾²⁾	10,2	10,3	10,4
	Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in %		
Erwerbstätige	- 1,0	- 1,0	0,0
Brutto sozialprodukt zu Marktpreisen (real)	+ 0,4	+ 1,0	+ 2,5
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (real)	+ 0,7	+ 1,5	+ 2,5
Verwendung des Inlandsprodukts (real)			
Privater Verbrauch	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Staatsverbrauch	+ 3,4	+ 2,5	+ 1,0
Anlageinvestitionen	- 4,3	- 2,0	+ 1,0
Ausrüstungen	0,0	+ 0,5	+ 4,0
Bauten	- 6,8	- 3,5	- 1,0
Ausfuhr	+ 2,8	+ 4,5	+ 6,0
Einfuhr	+ 1,8	+ 2,5	+ 4,0
Volkseinkommen (nominal)	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,5
Verteilung des Volkseinkommens			
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 2,9	+ 5,5	+ 7,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,0
Preisentwicklung			
Privater Verbrauch	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,0

¹⁾ Jeweils Juni. - ²⁾ Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen.

Quelle: Herbstgutachten 1996 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

nen. Im Südwesten stiegen die Warenexporte gegenüber dem Vorjahr in den ersten drei Quartalen 1996 um über 5 %, also mit einer Rate, die bereits über der Erwartung liegt: Die Forschungsinstitute prognostizierten hier für das Bundesgebiet für das gesamte Jahr 1996 einen Zuwachs von 4,5 %⁷.

Die Inlandsnachfrage ist dagegen nach wie vor verhalten. So ist die Bautätigkeit immer noch rückläufig, und die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen beschränkt sich überwiegend auf die inzwischen erforderlichen Ersatzinvestitionen. Dabei waren die Investitionsbedingungen wesentlich günstiger als in den Vorjahren: Die Zinsen sind insgesamt relativ niedrig, und die Belebung der Auslandsnachfrage stellt wieder höhere Gewinne in Aussicht. Die Lohnabschlüsse vom Frühjahr dieses Jahres waren ebenso wie die Preisentwicklung weiterhin moderat. Zudem hat die Rentabilität von Sachanlagen im Vergleich zu Finanzanlagen auch durch Rationalisierungsmaßnahmen deutlich zugenommen. Da aber die Kapazitätsauslastung nicht hoch genug war, um verstärkte Investitionen zu initiieren, stagnierten die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Halbjahr 1996, während die Bauinvestitionen sogar um 7 %

⁷⁾ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1996, in: DIW Wochenbericht 43-44/96.

sanken. Es ist aber anzunehmen, daß sich die Investitionsneigung im Laufe des Jahres etwas verbesserte.

Der private Verbrauch nahm Anfang des Jahres durch steuerliche Entlastungen zu und stützte die Konjunktur. So wurde zu Beginn des Jahres 1996 das Existenzminimum von der Einkommensbesteuerung freigestellt, das Kindergeld sowie der Kinderfreibetrag aufgestockt und der Kohlepfennig abgeschafft. Andererseits sind aber die Tariflohnerhöhungen moderat ausgefallen, die Renten wurden nur geringfügig erhöht, und die Abgabenbelastung nahm durch die Beitragssatzerhöhung der Pflegeversicherung wieder zu. Alles in allem flachte somit die anfänglich sprunghafte Steigerung des privaten Verbrauchs im Laufe des Jahres wieder ab. Zudem haben von der zuerst kräftigen Expansion des privaten Verbrauchs vorwiegend die Dienstleistungen profitiert, während die Hersteller von Konsumgütern und der Handel nur wenig Auswirkungen spürten. Im ersten Halbjahr 1996 stieg der reale private Verbrauch um 1,5%; diese Rate dürfte sich im zweiten Halbjahr 1996 allerdings noch etwas abgeschwächt haben.

1997: Konjunkturelle Erholung hält an

Die Bedingungen für ein Anhalten der konjunkturellen Erholung im Jahr 1997 sind jedoch günstig. So ist in den meisten Industrieländern die Auslastung der Sachkapazitäten noch weit vom konjunkturellen Normalwert entfernt. Lohnerhöhungen, die die Unternehmenserträge belasten, sind angesichts hoher Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten. Die Preissteigerungen auf den internationalen Rohstoffmärkten dürften sich in engen Grenzen halten, und die Entwicklung der Wechselkurse dürfte sich in ruhigen Bahnen bewegen. Auch dürften die

Notenbanken Europas und Japans ihre Leitzinsen kaum verändern.

Erste konkrete Hinweise für die Stabilität der konjunkturellen Trendwende geben die Gesamtkonjunkturindikatoren für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet, die Einzelinformationen zu einem Gesamtbild verdichten und den Verlauf der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts frühzeitig abbilden. Diese Indikatoren wiesen die konjunkturelle Tendenzwende im zweiten Quartal 1996 aus und stiegen seit diesem Zeitpunkt wieder kontinuierlich an⁸. Dies läßt zumindest für die kommenden Monate auf eine anhaltende konjunkturelle Erholung schließen. Da frühere Analysen gezeigt haben, daß der Konjunkturindikator den Verlauf der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts gut abbildet, erlaubt er eine Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums: Dieses bewegt sich für das Jahr 1996 sowohl für das frühere Bundesgebiet als auch für Baden-Württemberg nur wenig über der 1%-Grenze. Demgegenüber prognostizierten der Sachverständigenrat und die Forschungsinstitute⁹ ein Wachstum von 1,5%. Dieser Wert dürfte jedoch unter Berücksichtigung der nach wie vor schwachen Inlandsnachfrage eher optimistisch sein.

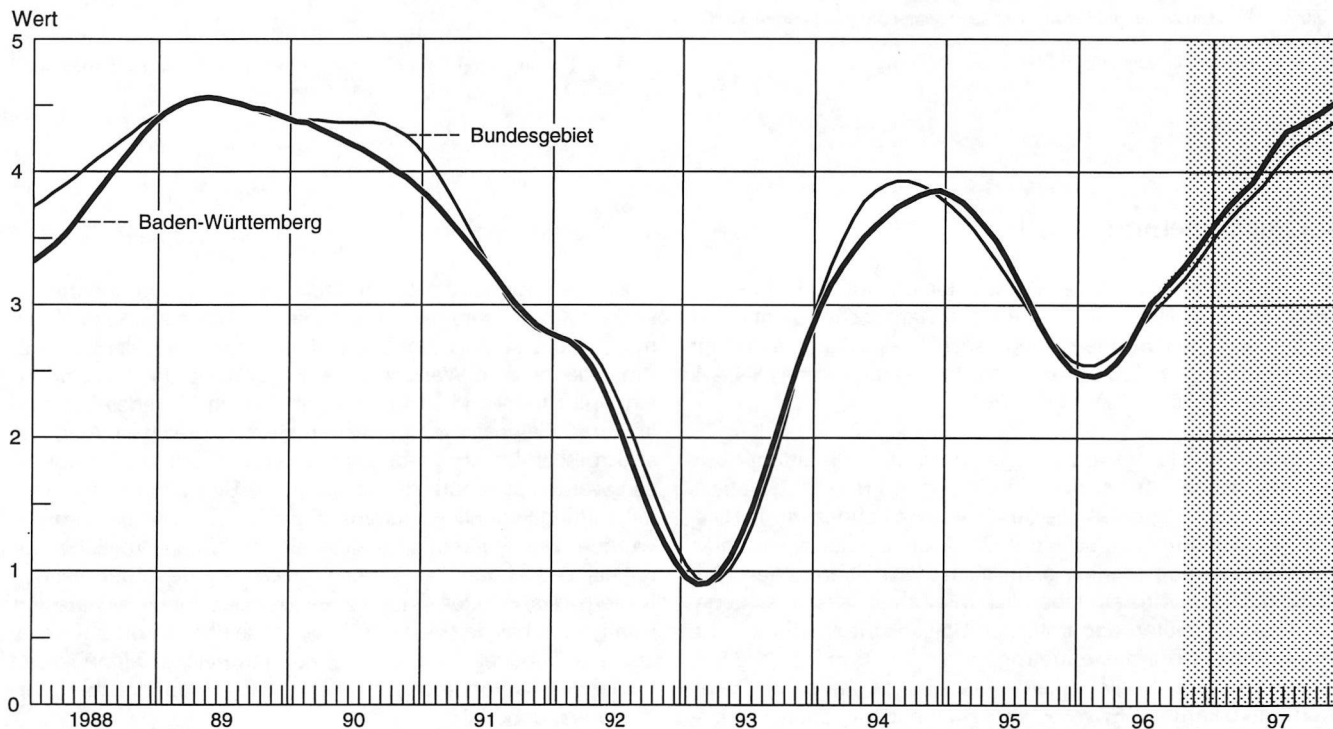
Für das Jahr 1997 führen die Berechnungen für das frühere Bundesgebiet zu einer Wachstumsrate von 2,3% und für Ba-

⁸ Für die Fortschreibung des Konjunkturindikators im Jahr 1997 wurden sowohl die Phasenverschiebungen zwischen den Gesamtindikatoren als auch die Ergebnisse der Befragungen des Ifo-Instituts und der Industrie- und Handelskammer Baden-Württemberg sowie die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgewertet.

⁹ Vgl. Sachverständigenratgutachten vom Herbst 1996 sowie „Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft“, a.a.O.

Schaubild 20

Gesamtkonjunkturindikator für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet seit 1988



Anmerkung: Ab Oktober 1996 Schätzung.

den-Württemberg von 2,6 %¹⁰. Diese Raten gingen auch konform mit einem Anstieg beispielsweise des privaten Verbrauchs um 1,5 %, des Staatsverbrauchs um 1 %, der Anlageinvestitionen um 1 % und der Ausfuhr um 6,5 %. Die unterschiedliche Wachstumsrate für Bund und Land erklärt sich aus der starken Ausfuhrabhängigkeit Baden-Württembergs: Die Exporte haben im Land einen größeren Nachfrageanteil.

Allerdings müssen auch diese Wachstumsraten als Obergrenze betrachtet werden. So wird das in Gang gekommene Auslandsgeschäft voraussichtlich noch weiter an Dynamik gewinnen, von der Inlandsnachfrage können aber nach wie vor keine starken Impulse erhofft werden. Gegenwärtig gibt es noch keine überzeugenden Anzeichen dafür, daß bei der Investitionsneigung eine positive Trendumkehr einsetzt. Die Kapazitätsreserven dürften auch weiterhin noch zu groß sein, um Erweiterungsinvestitionen auszulösen. So werden zwar Ersatzinvestitionen getätigt werden, aber insgesamt dürften die Impulse von seiten der Investitionen nach wie vor schwach bleiben. Beispielsweise planen nur 18 % der baden-württembergischen Unternehmen für das kommende Jahr steigende Investitionen, 44 % wollen die Investitionen auf dem ohnehin schon niedrigen Vorjahresniveau halten. Das Hauptmotiv (70 %) der investierenden Unternehmen sind Rationalisierungsvorhaben, gefolgt von Ersatzbedarf und Produktinnovation¹¹.

Auch in der Bauwirtschaft ist 1997 noch keine Erholung zu erwarten. Wegen der Finanznot der öffentlichen Haushalte wird die Auftragslage im öffentlichen Hoch- und Tiefbau schlecht bleiben; die mit der wirtschaftlichen Belebung wieder einhergehenden Impulse für die gewerblich-industrielle Baunachfrage werden aber nicht ausreichend sein, diese negative Entwicklung auszugleichen. Zusätzlich dürfte bei anhaltend schwachen Renditeerwartungen die Nachfrage nach Wohnungen in Mehrfamilienhäusern weiter sinken. Günstiger könnte sich dagegen die Wohnungsnachfrage bei Ein- und Zweifami-

¹⁰ Die Forschungsinstitute und der Sachverständigenrat prognostizierten 2,5 %.
¹¹ Industrie- und Handelskammerbericht über die Wirtschaftslage in Baden-Württemberg nach dem 3. Quartal 1996.

lienhäusern aufgrund niedriger Zinsen und Baupreise weiterentwickeln.

Auch von der Konsumnachfrage werden kaum stärkere Impulse als im abgelaufenen Jahr ausgehen. So werden Transferzahlungen infolge von Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte gekürzt, die Tarifabschlüsse dürften relativ niedrig bleiben. Gleichzeitig erhöhen sich die Abgaben noch einmal durch Anhebung des Beitragsatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung. Höher als in diesem Jahr werden dagegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit sein, denn hier dürfte sich die wirtschaftliche Belebung merklich widerspiegeln. Die Finanzpolitik wird zudem dämpfend wirken. Hier ist nicht auszuschließen, daß die Mitglieder der Europäischen Union sogar verstärkt versuchen werden, die Referenzwerte für die Währungsunion zu erreichen.

Nur wenig Entlastung für den Arbeitsmarkt

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich im Jahr 1997 – trotz weiterer Erholung der Konjunktur – kaum bessern. In der Regel wird zunächst das vorhandene Personal wieder stärker ausgelastet. Zudem kann nicht ausgeschlossen werden, daß Unternehmen ihre Ertragslage durch zusätzliche Rationalisierungsinvestitionen verbessern, die nicht zuletzt zur Festigung der Wettbewerbsfähigkeit auf ausländischen Märkten weiterhin erforderlich sein werden. So ist es auch bei diesem etwas höheren Wachstum unwahrscheinlich, daß die konjunkturellen Antriebskräfte bereits stark genug sind, um eine spürbare Trendwende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Eine Berechnung mittels der durchschnittlichen Stundenproduktivität zeigt, daß das reale Wirtschaftswachstum fast 3 % betragen müßte, um eine nennenswerte Entlastung für den Arbeitsmarkt einzuleiten. Bei einem entsprechenden Wachstum setzte zum Beispiel auch nach der Rezession Anfang der 80er Jahre die Zunahme der Beschäftigung und der Abbau der Arbeitslosigkeit ein.

Dr. Monika Kaiser und Dr. Ilse A. Walter unter Mitarbeit von
Dipl. Ing. agr. Thomas Betzholz, Dr. Helmut Büringer, Dr. Bernd Eggen.

Buchbesprechung

Kreiszahlen: Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 1996, Hrsg. im Auftrag der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes: Niedersächsisches Landesamt für Statistik, Hannover, 1996, 192 Seiten, 1 Faltkarte, Format DIN A 4, kartoniert, DM 25,-, ISSN 1431-7826.

Basierend auf den Daten des gemeinsamen Diskettenpakets der Statistischen Ämter der Länder und des Bundes „Statistik regional 1996“ legte das Niedersächsische Landesamt für Statistik im November 1996 die erste Ausgabe der Kreiszahlen vor, die zukünftig jährlich aktualisiert erscheinen sollen. Auf fast 200 Seiten wird ein Überblick mit Zahlen aus verschiedenen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik für alle Stadt- und Landkreise der Bundesrepublik geboten. Die unmittelbare Vergleichbarkeit der Regionaldaten (zum Beispiel aus den Bereichen Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Tourismus) machen die Kreiszahlen zu einem wertvollen Nachschlagewerk für Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung.

Über das Angebot des Diskettenpakets hinaus wurden die absoluten Zahlen miteinander in Beziehung gesetzt und Indikatoren gebildet, so daß zum Beispiel die Suche nach der Bevölkerungsdichte, dem Wanderungssaldo oder der PKW-Dichte für einzelne Stadt- und Landkreise, aber auch für jedes Bundesland und die gesamte Bundesrepublik erfolgreich ist. Auch die strukturellen Unterschiede zwischen den Stadt- und Landkreisen werden verdeutlicht, da für jedes Bundesland für diese Verwaltungseinheiten getrennte Zwischensummen gebildet wurden. Die Kreiszahlen stellen ein weiteres erfreuliches Ergebnis der engen Kooperation zwischen den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder dar. Eine Faltkarte der Bundesrepublik, in der die Verwaltungseinheiten bis auf Kreisebene abgebildet sind, sowie ein umfangreicher, alphabetisch sortierter Erläuterungsteil runden dieses umfangreiche Informationsangebot ab.

Volker Fritz